



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 5/2016



Interview mit Roland Jahn

Mißbrauch psychiatrischer Kompetenz

Haftzwangsarbeit in Cottbus

Aktuell

- 3 Entscheidung teilweise verschoben
Mehr ehemalige DDR-Heimkinder rehabilitieren
„Rückwärts nimmer!“
Dokumentiert

Recht

- 4 Unbürokratisches Verfahren

International

- 5 Kim Jong-un ist nicht allmächtig
Kanadischer Pastor in Nord-Korea verurteilt
Politische Patenschaft für kubanischen Gewerkschafter

Interview

- 6 Wer sich verändert, bleibt sich treu

Thema

- 8 Zersplitterung, Lähmung und Isolation

Berichte

- 11 Fehlende Aufarbeitungskultur in Albanien
Lenins Verbrechen in einer Linie mit Stalins
12 Ungeheuerliche Ausbeutung politischer Häftlinge
13 Tatort DDR-Gefängnis

Zeitzeugen

- 14 Zeitzeugenaufwurf der Gedenkstätte Cottbus
Zeitzeugen-Fragebogen

Verbände

- 16 Freundschaft
Zum Tod Margot Honeckers
Suchanzeige
17 „Eingesperrt in Cottbus“
Martin Schulz kommt nach Leipzig
Symposium
Leserbrief

Service/Bücher

- 18 Reichsbahn: Verbrechen gegen die körperliche Unversehrtheit
Der Aufstand
19 Bruchreiche Biographie

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Bei strömendem Regen wurde die Freilichtausstellung „Revolution und Mauerfall“ der Robert-Havemann-Gesellschaft am 15. Juni in Berlin-Lichtenberg auf dem ehemaligen MfS-Gelände eröffnet. Sie ist ganzjährig zu sehen.

Foto: N. Radlitz

Editorial

Freiheit ist nicht selbstverständlich

Von Horst Schüler

Eines können wir gar nicht oft genug sagen, vielleicht sogar uns selbst in Erinnerung rufen, nämlich: Daß wir für ein demokratisches Deutschland eintraten und daß sie uns deshalb einsperrten in ihre Kerker und Lager, und viele deshalb auch erschossen, einfach nur, weil wir für Freiheit und Recht waren. Und wenn's auch fast ein Menschenleben her ist und wir zu einem kleinen Haufen alter Leute zusammen geschmolzen sind: Auch in der gegenwärtigen Debatte, wie denn das zukünftige Deutschland aussehen soll, haben wir mitzureden, vermutlich sogar mit mehr Recht als andere, die unter Toleranz verstehen, man habe nur und ausschließlich ihrer Meinung zu sein.

Also, da hörten wir einst von Staatsmännern und Politikern wie de Gaulle, Adenauer, Brandt und Kohl, um nur einige zu nennen, daß die von ihnen angestrebte Union Europas ein Europa der Vaterländer sein soll, friedlich vereint in ihrer demokratischen Rechtsstaatlichkeit. Jetzt klingt das oft anders. Da wird, ohne daß man es deutlich sagt, nach übergeordneter europäischer Staatlichkeit gestrebt, und wem das heute noch zu weit geht, wer die nationale Eigenständigkeit weitestgehend behalten will, wer also in diesem vereinten Europa Deutscher bleiben möchte, Franzose, Däne, Italiener, Griechen oder sonst was, der wird ein rückständiger Nationalist genannt, der ist ein Ewiggestriger, und wenn er dann vielleicht auch noch die in Jahrhunderten gewachsene christliche Tradition seines Landes anspricht, sie vielleicht gar „Leitkultur“ heißt, dann fehlt nicht mehr viel, ihn als einen geistigen Brandstifter einzustufen.

Die so handeln, sind zumeist aufgewachsen in einem seit mehr als 25 Jahren wieder vereinten Deutschland, getragen von demokratischen politischen Parteien, Rechtsstaatlichkeit, freien Gewerkschaften, einer kaum noch zu überschauenden Vielzahl unterschiedlicher Medien, sie kennen Diktaturen, zumindest eine faschistische Diktatur, nur aus Büchern. Ungeachtet dessen nehmen sie sich mit der Selbstgerechtigkeit der 68er das Recht heraus, die wenigen, die diese Diktatur noch erlebt

und erlitten haben, zu belehren und zu tadeln. Sie urteilen über die Generation ihrer Eltern und Großeltern, ohne zu ahnen, wie es sich in einem Land lebt, in dem es keine Parteienvielfalt gibt, keine unterschiedlich ausgerichteten Medien, kein Recht auf freie Meinung, in dem die Erziehung der Jugend nicht mehr Sache der Eltern ist, sondern vom Staat gelenkt wird. Und in dem jeder, der mit solcher „Ordnung“ bricht, im Gefängnis oder Konzentrationslager landet, ja, dies oft genug mit seinem Leben bezahlt. Ich sage das, weil mancher heute schnell dabei ist, jemanden in die braune Ecke zu stellen, der Patriotismus für sein Vaterland aufbringt, ohne deshalb seine europäische Zugehörigkeit zu leugnen. Ein wenig mehr Dankbarkeit dafür, in einem Land zu leben, in dem jeder ungestraft seine Meinung sagen darf, scheint mir angebracht. So selbstverständlich, wie mancher meint, sind Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nämlich nicht. Und wer fröhlich schwarz-rot-goldene Fähnchen schwenkt, wenn deutsche Sportler gegen Sportler anderer Länder antreten, der ist deshalb längst kein verbohrt Nationalist, wie einige junge Grüne meinten. Dabei ist deren „Belehrung“ eigentlich nur wert, belächelt zu werden. Das gewalttätige Vorgehen sogenannter linker Antifa-Gruppen verdient dagegen gleiche harte Reaktion, wie sie gegen rechtsextreme Brandstifter geübt wird.

Denn abschließend auch dieses, um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Menschen, die in ihrem Land aus welchen Gründen auch immer, um ihr Leben und die Sicherheit ihrer Familien fürchten, die deshalb flüchten, sie müssen selbstverständlich bei uns aufgenommen werden. Sachlich, ohne überschwengliches Pathos, ohne in Jubelstürme über ein sich bunt veränderndes Deutschland auszubringen. Erwarten dürfen wir von den Aufgenommenen, daß sie unser Grundgesetz anerkennen, nach seinen Geboten leben. Und Rassist ist man längst nicht, wenn man eine Religion kritisiert, die neben manchem anderen Männern mehr Rechte einräumt als Frauen, oder in der es eine tödliche Sünde ist, sich einem anderen Glauben zuzuwenden.

Entscheidung teilweise verschoben

(st) Unmittelbar vor der erneuten Wahl Roland Jahns zum Leiter der BStU am 9. Juni im Bundestag wurde dort der Antrag „Die Aufarbeitung der SED-Diktatur zugänglich fortführen“ mehrheitlich angenommen (Ds 18/8705). Auf dieser Grundlage ist bereits mehrfach kolportiert worden, der Bericht der Expertenkommission zur Zukunft der BStU sei verworfen worden.

Das trifft jedoch nicht in allen Punkten zu. Zum Beispiel sollen BStU und Bundesarchiv „für notwendige Entscheidungen in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ein gemeinsames,

belastbares Konzept für die dauerhafte Sicherung der Stasiakten durch Überführung des Stasiunterlagenarchivs in das Bundesarchiv“ erarbeiten.

Gegen das Votum der Kommission wurde u.a. entschieden, daß der Bundesbeauftragte „aus dem Amt heraus“ die Transformation einleiten solle. Ebenso bekannte sich der Bundestag zur Bedeutung und Fortentwicklung des Geländes Normannenstraße als „Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand“ und zur Eigenständigkeit der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. 

Mehr ehemalige DDR-Heimkinder rehabilitieren

(uokg) „Die Justizministerinnen und Justizminister sprechen sich dafür aus, das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz dahingehend zu ändern, daß ehemalige Heimkinder auch dann rehabilitiert werden können, wenn die Anordnung ihrer Heimunterbringung ausschließlich deshalb erfolgt ist, weil die Eltern als Opfer politischer Verfolgung inhaftiert worden waren.“ Der Bundesvorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski,

unterstützt diesen Beschluß der Justizministerkonferenz, hatte aber in einem offenen Brief an die Justizminister darüber hinaus gefordert, „auch ehemalige DDR-Heimkinder aus Spezial- und Durchgangsheimen müssen, aufgrund der dort herrschenden untragbaren und menschenrechtsverletzenden Zustände, grundsätzlich rehabilitiert werden“, unabhängig davon, ob politisch verfolgt oder nicht. 

„Rückwärts nimmer!“

Dunkelkammer Torgau – Tigerkäfig Rummelsburg

Bilder von Katrin Büchel und Gino Kuhn

Entwürdigende und demütigende Hafterlebnisse haben Katrin Büchel und Gino Kuhn zur künstlerischen Auseinandersetzung mit der institutionalisierten Gewalt der SED-Diktatur geführt. Der Freiheitsentzug über mehrere Jahre – Katrin Büchel im berüchtigten geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, Gino Kuhn im nicht weniger verrufenen Gefängnis Rummelsburg – läßt beide mit ihrer Kunst für ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit eintreten. Dafür ziehen sie die beklemmenden Erfahrungen heran, die noch heute ihre Gedanken und Gefühle bewegen.

Die Ausstellung wird am 5. August eröffnet, und ist vom 7. August bis zum 30. Oktober 2016 im Museum Lichtenberg im Stadthaus zu sehen, Türschmidtstr. 24, 10317 Berlin, geöffnet Di bis Fr und So von 11.00 bis 18.00 Uhr.

Dokumentiert

Ehrung für Ho Chi Minh?

In der Sächsischen Gemeinde Moritzburg soll ein DDR-Gedenkort für Ho Chi Minh erneuert und erweitert werden. Der UOKG-Vorsitzende Dieter Dombrowski schrieb dazu am 15. Juni:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hänisch,

ich bin vom Ehrenvorsitzenden des Bundesverbandes der vietnamesischen Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland e.V., Herrn Dr. med. Tran Van Tich, darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Absicht besteht, in Ihrer Stadt den verstorbenen Führer der vietnamesischen kommunistischen Partei, Ho Chi Minh, zu ehren. Anlaß ist wohl die zu DDR-Zeiten angebrachte Gedenktafel an einem Gebäude in Ihrer Stadt.

Ich erlaube mir Zweifel an der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit einer solchen Ehrung zu formulieren. Es ist richtig, daß Ho Chi Minh in Vietnam in weiten Teilen der Bevölkerung über große Hochachtung verfügt. Ho Chi Minh bzw. eine Ehrung in Deutschland hat aber keinerlei Bezug zu dem, was ohne Zweifel historisch zu seinem Wirken in Vietnam zu sagen wäre.

Wenn wir in Deutschland überall da, wo ausländische Staatsmänner einen Besuch abgestattet haben, eine Gedenktafel anbringen würden, dann würde die Gedenkstättenlandschaft unübersichtlich werden. Jedenfalls gibt es keinen Bezug des Herrn Ho Chi Minh zur Stadt Moritzburg oder zu anderen Orten in der ehemaligen DDR. Ich kann Ihnen aus

meiner Kenntnis als ehemaliger DDR-Bürger sagen, daß die ehemaligen vietnamesischen Vertragsarbeiter immer in der DDR ausgebeutet wurden und daß in der ehemaligen DDR, wenn auch zu Unrecht, abfällig über diese vietnamesischen Staatsbürger gesprochen wurde. Die DDR litt unter einem enormen Arbeitskräftemangel, so daß die vietnamesischen Vertragsarbeitnehmer zur Aushilfe geschickt wurden. Willkommen waren sie nicht in der DDR. Es mag schon sein, daß der eine oder andere ehemalige vietnamesische Vertragsarbeitnehmer auch positive Erinnerung an sein Leben in der DDR hatte.

Aus unserer Erfahrung im geteilten Deutschland wissen wir, daß die Bewertung der Geschichte immer von verschiedenen Standpunkten aus gesehen werden kann. Auch wenn wir in der ehemaligen DDR immer noch Standbilder von Karl Marx und dem einen oder anderen Lenin haben, würde niemand auf die Idee kommen, durch Gedenktafeln oder Gedenkstätten ehemaligen Persönlichkeiten des DDR-Regimes in der heutigen Zeit ein Denkmal oder eine Gedenktafel zu widmen oder – sofern vorhanden – aufzuwerten.

Ich möchte deshalb an Sie appellieren, Ihren Einfluß geltend zu machen, um ganz sachlich festzustellen, daß der Besuch eines ausländischen Staatsmannes kein Grund ist, ihn durch diesen Besuch durch eine Gedenktafel zu würdigen. Dies wäre eine unparteiische und gegen Verwaltungsrichtlinien sprechende Herangehensweise. [...]

Unbürokratisches Verfahren

Pfändungsschutz durch ein P-Konto

Aus gegebenem Anlaß werden nachfolgend einige grundsätzliche Hinweise zum Pfändungsschutzkonto, kurz „P-Konto“ genannt, gegeben. Aus meiner Beratungstätigkeit ist mir hinlänglich bekannt, daß viele der ehemaligen politisch Verfolgten sich am Existenzminimum bewegen und nicht wenige von ihnen großen finanziellen Belastungen ausgesetzt sind, die herrühren aus ihrer Vergangenheit. Bekannt ist ebenfalls, daß es Probleme mit Pfändungen gibt, die bis hinein in die Leistungen nach den Rehabilitierungsgesetzen reichen, u.a. für Anwalts- und Gerichtskosten oder Rückforderungsansprüche wegen zu Unrecht erhaltener bzw. falsch berechneter Leistungen.

Gepfändet werden neben Wertgegenständen auch die Girokonten. Tritt letzteres ein, wird das für den Betroffenen richtig böse. Ist das Girokonto erst einmal blockiert, tun sich schnell neue Probleme auf. Daueraufträge und Lastschriften

rechtliche Gläubiger (z.B. Finanzämter, Gerichte) direkten Zugriff auf das Girokonto haben und nicht wie andere Gläubiger (z.B. Handel, Vermieter) eine Kontopfändung nach bestimmten Mahnfristen bei Gericht durchsetzen müssen.

Damit sichergestellt ist, daß Inhaber gepfändeter Konten trotzdem ihre Wohnung, Strom und Lebensmittel bezahlen können, ist es unbedingt notwendig, das bestehende Girokonto in ein P-Konto umwandeln zu lassen. Dieses P-Konto eröffnet Inhabern eines Girokontos ein unbürokratisches Verfahren, um während der Kontopfändung Zugriff auf den unpfändbaren Teil ihrer Einkünfte, zur Zeit 1073,88 Euro (Sockelbetrag) monatlich, zu behalten und so weiter am Wirtschaftsleben teilzunehmen.

Beim P-Konto handelt es sich nicht um ein selbständiges Bankkonto, sondern es ist im Grunde eine Funktionserweiterung des normalen Girokontos. Mit Banken und Sparkassen ist zu vereinbaren, daß ein bereits bestehendes Girokonto als Pfändungsschutzkonto geführt werden soll. Die bisherige Bankverbindung bleibt von der Änderung unberührt; das Girokonto wird einfach mit dem Vermerk „P-Konto“ weitergeführt.

In Deutschland ist jede Bank und Sparkasse gesetzlich verpflichtet, ein bestehendes Girokonto auf Verlangen umzuwandeln. Jeder hat per Gesetz also die Möglichkeit, sein Girokonto kostenlos in ein P-Konto umwandeln zu lassen. Nur der Kontoinhaber selbst oder sein gesetzlicher Vertreter können diese Umwandlung verlangen. Die Umwandlung eines Gemeinschaftskontos läßt der Gesetzgeber nicht zu, weil der Vollstreckungsschutz ein ganz persönliches Recht ist. Hier wäre die Aufteilung in zwei P-Konten anzuraten.

Die Umstellung eines Girokontos ist kostenfrei, für die Bearbeitung eines Pfändungsbescheides dürfen Banken und Kreditinstitute keine Gebühren verlangen. Die Kontoführung sollte zu den üblichen Konditionen fortgesetzt werden, eine Gebührenobergrenze für die neue Kontoführung wurde allerdings gesetzlich nicht festgelegt. Mittlerweile gibt es aber Urteile des Bundesgerichtshofes, wonach Banken und Sparkassen für ein P-Konto

keine höheren Gebühren verlangen dürfen als für ein normales Girokonto, wenn es auf Verlangen des Antragstellers in ein P-Konto umgewandelt wird. Auch sind Allgemeine Geschäftsbedingungen für unzulässig erklärt worden, deren Vertragsinhalt anläßlich der Umwandlung des Girokontos zum Nachteil des Kontoinhabers verändert wurden (z.B. Nutzung eines Dispo-Kredits oder einer Bank- und Kreditkarte). An der Höhe des Pfändungsschutzes hat sich nichts geändert, weil diese auch nach jetzigem Recht an die Lohnpfändungstabelle angelehnt ist.

In der Vergangenheit mußten die Freibeträge beim Vollstreckungsgericht beantragt werden. Das entfällt jetzt. Das P-Konto gewährt einen automatischen Schutz, der bereits vor einer konkreten Pfändung im System der kontoführenden Bank hinterlegt ist. Außerdem kommt es jetzt auf die Art der Einkünfte und auf den Zeitpunkt des Zahlungseingangs nicht mehr an. Deshalb existiert auf dem P-Konto auch erstmals Kontopfändungsschutz für die Einkünfte Selbständiger. Der Basis-Pfändungsschutz auf dem P-Konto erhöht sich automatisch, z.B. bei Unterhaltspflichten und Mehraufwendungen im Falle einer gesundheitlichen Belastung. Die genaue Art der Freibetragserhöhenden Einkünfte muß der Bank gegenüber durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen nachgewiesen werden.

Des weiteren gibt es beim P-Konto auch die Möglichkeit, kleinere Beträge anzusparen. Wird das pfändungsgeschützte Guthaben im laufenden Monat nicht ausgegeben, wird der Rest in den Folgemonat übertragen, aber nur einmal. Ein Übertrag in den darauffolgenden Monat ist nicht mehr möglich. Der geschützte Betrag beläuft sich dann wieder auf den jeweiligen Sockelbetrag. Auch konnten bisher Banken und Kreditinstitute ein Girokonto kündigen, wenn ein Pfändungsbescheid einging. Das ist bei einem P-Konto nicht mehr möglich.

Für den Fall, daß unerwartet eine Pfändung ins Haus steht, ein P-Konto aber nicht eingerichtet ist, sollte dies umgehend veranlaßt werden. Wenn die Umwandlung innerhalb von vier Wochen seit Eingang des Gerichtsbeschlusses bei der Bank abgeschlossen ist, gilt nämlich der Kontopfändungsschutz bereits für den Monat der Pfändung. Nähere Auskünfte zu dieser Problematik werden erteilt unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin

Foto: N. Radlitz



Vorsorge für schlechte Zeiten.

werden nicht mehr ausgeführt, und am Automaten ist kein Geld verfügbar. Für die Banken ist es auch unerheblich, ob in Leistungen gepfändet wird, die nach neuerlicher höchstgerichtlicher Rechtsprechung grundsätzlich nicht gepfändet werden dürfen (wie z.B. die Opferrente, Stiftungsleistungen).

Bereits seit dem Jahr 2012 ist der Pfändungsschutz nach bisherigem Recht weggefallen, das heißt, auch das Girokonto kann restlos gepfändet werden. Deshalb ist es wichtig zu wissen, daß öffentlich-

Kim Jong-un ist nicht allmächtig

Über den Anfang Mai dieses Jahres stattgefundenen Parteikongreß der „Partei der Arbeiter“ jener „Demokratischen Volksrepublik Korea“ ist in den Zeitungen vieles geschrieben worden. Einige Blätter glaubten aus der Rede des Diktators Kim Jong-un eine gewisse Bereitschaft zu Gesprächen mit den USA, Süd-Korea, China und Rußland herauslesen zu können. Tatsächlich war das alleinige Ziel, mit Washington und Seoul den seit 1953 immer noch ausstehenden Friedensvertrag abzuschließen, in dessen Folge die rund 28 500 US-Soldaten Süd-Korea verlassen sollen.

Daß der angekündigte Start einer weiteren Rakete zum Parteitag unterblieb, war kein Anzeichen eines Verständigungs-

willens Pjöngjangs, sondern geht auf die Drohung Pekings zurück, in einem solchen Falle sämtliche Öl-Exporte in den Norden Koreas zu stoppen.

Einig waren sich alle westlichen Medien, daß Kim Jong-un den Parteitag zum weiteren Ausbau seiner Macht benutzen wollte. Was sie indes übersehen haben, ist die Tatsache, daß er dieses Ziel nur teilweise erreichte. Wohl hatte er den Erfolg, seinen Vertrauten Choe Ryong-hae in eine entscheidende Führungsposition im Politbüro zu bringen, wodurch dieser nunmehr als zweitwichtigster Mann der Staatspartei gilt. Nord-Koreas Außenminister Ri Su-yong wurde ebenfalls Mitglied des 19köpfigen Politbüros und dürfte dort auch bald zum Sekretär für internationa-

le Beziehungen aufrücken. Ri war früher Botschafter in der Schweiz und umsorgte Kim Jong-un sowie dessen Schwester Kim Yo-jong während ihrer damaligen Schulbesuche in der Nähe Berns.

In diesem Zusammenhang erlitt der Diktator indes seine große Niederlage, die ganz offenbar allen ausländischen Medien entging. Er wollte Kim Yo-jong, die im Propaganda-Apparat der „Partei der Arbeiter“ tätig ist, ins Politbüro bringen und ihr eine Position auf Minister-Ebene verschaffen. Seine Vorstöße aber scheiterten am Widerspruch der Delegierten. Sie bleibt weiterhin nur einfaches Mitglied des 129köpfigen Zentralkomitees. Erwartungsgemäß wurde diese Schlappe des Diktators in den Medien Pjöngjangs völlig verschwiegen.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Kanadischer Pastor in Nord-Korea verurteilt

(igfm) Pastor Hyeon Soo Lim aus Kanada hat über Jahre humanitäre Hilfe für Nord-Korea koordiniert. Am 31. Januar reiste er, wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) meldete, dort ein, „verschwand“ bis Juni 2015 und wurde in einem Scheinprozeß am 16. Dezember 2015 zu lebenslanger Zwangsarbeit wegen angeblich „staatsfeindlicher Aktivitäten“ verurteilt. Die IGFM geht davon aus, daß er im Verhandlungspoker mit den USA als Geisel mißbraucht wird.

Eine Woche nach Lims Verurteilung erhielten kanadische Diplomaten erstmals Zugang zu dem Pastor. Im Januar 2016 erwirkte der amerikanische Nachrichtensender CNN ein Interview mit Lim, das jedoch streng überwacht wurde. Lim entsprach dabei den Vorgaben der nordkoreanischen Regierung. Er berichtete, daß

er unter der Aufsicht von zwei Wachen an sechs Wochentagen jeweils acht Stunden Löcher für die Anpflanzung von Bäumen grabe. Angeblich sei er der einzige Insasse in seiner Haftanstalt.

Pastor Lim ist nicht der erste Ausländer, der in Nord-Korea willkürlich verhaftet und als Geisel bei diplomatischen Auseinandersetzungen mißbraucht wurde. International bekannt war der US-Bürger südkoreanischer Abstammung Kenneth Bae. Er wurde am 3. November 2012 in Nord-Korea verhaftet und am 30. April 2013 zu 15 Jahren Arbeitslager verurteilt. Er hatte heimlich aufgenommene Fotos hungernder Kinder bei sich. Im November 2014 konnte er zusammen mit seinem Landsmann Matthew Todd Miller ausreisen. Miller war zuvor aufgrund des Verdachtes, sich in eines der berüchtigten nordkoreanischen Arbeitslager

einschleusen zu wollen, für sieben Monate gefangenen gehalten worden.

Die IGFM ruft dazu auf, an das Staatsoberhaupt Nord-Koreas, Kim Jong-un, sowie an den nordkoreanischen Botschafter in Berlin zu schreiben und die bedingungslose Freilassung von Pastor Hyeon Soo Lim zu fordern:

Herrn Si Hong Ri, Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Korea, Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Korea, Glinkastraße 5-7, 10117 Berlin, Tel. (030) 206 25 99-0, Fax (030) 22 65 19-29, E-Mail info@dprkorea-emb.de

Kim Jong-un, Chairman, Chosön Rodongdang, Kumsoosan, Miam-dong, Pyongyang, Taesöng-guyök, Democratic People's Republic of Korea (DPRK) 

Politische Patenschaft für kubanischen Gewerkschafter

(igfm) Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und ehemalige Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) hat sich für Menschenrechte auf Kuba engagiert und die politische Patenschaft für den inhaftierten Gewerkschafter Vladimir Morera Bacallao übernommen. Das teilte die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) mit.

Anläßlich der Kommunalwahlen auf Kuba im April 2015 schrieb Bacallao auf die Tür

seines Hauses in Manicaragua: „Ich wähle meine Freiheit und nehme nicht an Wahlen teil, in denen ich nicht meinen Präsidenten wählen kann!“ Wenig später drangen Spezialeinheiten des Castro-Regimes in sein Haus ein und nahmen den unabhängigen Gewerkschafter fest. Bei der Festnahme wurde gegen ihn und seinen Sohn Vladier Morera sogar Tränengas eingesetzt.

Am 18. November 2015 wurde Vladimir Bacallao in einem Prozeß, der hinter ver-

schlossenen Türen stattfand, wegen angeblicher „Körperverletzung“ und „Störung der öffentlichen Ordnung“ zu einer vierjährigen Haftstrafe verurteilt. Bacallao wurde erst nachträglich von seinem Anwalt über das Urteil informiert.

Um gegen seine unrechtmäßige Haft zu protestieren, war er bereits am 11. Oktober 2015 in den Hungerstreik getreten, sein Gesundheitszustand ist mittlerweile besorgniserregend. 

Wer sich verändert, bleibt sich treu

Ein Gespräch mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn

stacheldraht: Herr Jahn, Sie haben in den letzten Monaten die Vorschläge der Expertenkommission zur Zukunft des BStU eher begrüßt als kritisiert. Halten Sie es wirklich für richtig, daß Ihre Behörde abgeschafft wird?

Jahn: So habe ich die Vorschläge nicht interpretiert. Vorrangig ist für mich: Es geht um Weiterentwicklung. Es geht um

rungen. Wer sich verändert, bleibt sich treu.

stacheldraht: Niemand behauptet ernsthaft, im Behördenablauf gäbe es keine Mängel. Aber trauen Sie denn der Behörde und sich selbst nicht zu, mit den entsprechenden Mitteln, die man dem Bundesarchiv ja auch zur Verfügung stellen müßte, diese Mängel zu beheben?

Jahn: Das ist ein guter Punkt. Wer organisiert die zukünftige Sicherung der Stasi-Akten, den Zugang und die Unterrichtung der Öffentlichkeit über das Wirken der Stasi? Es geht hier schließlich um ein Symbol. Der Zugang zu den Akten und das Stasiunterlagen-Archiv sind das Symbol, das wir aufrechterhalten müssen. Es muß sichergestellt werden, daß die Menschen, in deren Leben von der Staatssicherheit und der SED-Diktatur insgesamt eingegriffen worden ist, bestmöglichen Zugang zu ihren Akten haben und daß Forschung und Bildung auf höchstem Niveau stattfinden, daß Journalisten und Medien umfassend über das Wirken der Stasi berichten können. Für diese Diskussion, so sehe ich das, sind die Vorschläge der Expertenkommission eine gute Grundlage. Das heißt ja nicht, daß man alle einzelnen Punkte befürworten muß oder daß alles sofort geschieht. Wichtig ist, die Weichen zu stellen, damit auch in fünfzig oder hundert Jahren die Akten noch für die Gesellschaft genutzt werden können. Vor allem aber ist wichtig, daß die Interessen der Opfer im Mittelpunkt stehen.

stacheldraht: Ich habe in dem Bericht nach Veränderungen gesucht, die sich durch eine Überführung ins Bundesarchiv ergeben würden. Das Gesetz bleibt erstmal gleich, die Akten bleiben am selben Ort, das Personal bleibt aber auch da. Was ist denn dann der positive Effekt?

Jahn: Ich bin ja nicht die Expertenkommission! Und ich habe auch keine Veranlassung, den Bericht eins zu eins zu verteidigen. Aber ich will, daß wir ihn als Grundlage für eine umfassende Diskussion nehmen. Da steckt einiges an Substanz drin. Es ist mir wichtig, daß wir ganz genau hinschauen, was ist uns wichtig, wie soll es weitergehen und vor allem, was hilft den Opfern wirklich. Wir alle, die wir in der DDR Repressionen erlitten haben,

wir alle, die wir im Gefängnis saßen oder von der Schule geworfen wurden, bringen schon auch Mißtrauen mit, wenn der Staat etwas beschließt. Das haben wir mit auf den Weg bekommen. Dieses Mißtrauen ist ein besonderes, das verschwindet nicht einfach, auch wenn ich selber in meiner Position Verantwortung für das Handeln in staatlicher Funktion trage. Es ist wichtig, daß wir die Vorschläge der Expertenkommission kritisch beäugen. Aber uns sollte auch klar werden, was an Veränderungen für eine bestmöglich organisierte Aufarbeitung notwendig ist. Die Devise heißt: Nichts darf schlechter, aber manches sollte besser werden. Mit dieser Richtschnur werden wir genau auseinander sortieren können, was von den Vorschlägen brauchbar ist und was nicht.

stacheldraht: Zeitgeschichte, sagen die Historiker, ist Geschichte, die noch qualmt. In gewisser Weise qualmen auch diese Akten noch. Natürlich sind sie das Symbol, aber ich habe den Eindruck, für viele ehemalige Verfolgte ist auch die Behörde das Symbol. Wäre es da nicht vernünftiger, die Grundstruktur zu erhalten, solange die Betroffenen noch leben, und die Akten erst später ins Bundesarchiv zu geben?

Jahn: Für mich sind die Akten und ihre Zugänglichkeit ein Symbol der Revolution. Ich sehe es an den historischen Orten, die nicht mehr Stasi-Verwaltungen, sondern jetzt begehbare Archive oder Gedenkstätten sind. Ich sehe das Symbol allerdings nicht in einer Verwaltungseinheit. Jürgen Fuchs hat einmal im Zusammenhang mit der Behörde vom „bürokratischen Ausbremsen einer Revolution“ gesprochen. Was nützt uns ein Symbol, das sich hauptsächlich am „Behörden-dasein“ festmacht und dabei manchmal das eigentliche Ziel aus dem Blick verliert? Was nützt uns ein Archiv, in dem die Akten bald zerbröseln werden? Was nützen uns die neuen Möglichkeiten der Technik, wenn wir sie nicht finanzieren können? Wir müssen einen Weg finden, wie wir das Symbol bewahren und in die nächsten Generationen hineinragen können. Die Stasi-Akten sind ein Monument des Überwachungsstaates, Belege für erlebtes Unrecht. Sie stehen aber gleichzeitig auch für die Errungenschaft der Friedlichen Revolution, daß also ehe-



Roland Jahn: „Es geht hier schließlich um ein Symbol.“

die Zukunft der Aufarbeitung. Es geht darum sicherzustellen, daß die Stasi-Akten weiter genutzt werden können und daß wir alles im Interesse der Opfer tun. Das ist für mich die Grundlage der Betrachtung dieser Vorschläge.

stacheldraht: Was wäre denn in Ihrer Behörde nicht sichergestellt?

Jahn: Ich habe immer deutlich gemacht, daß wir großen Reformbedarf haben. Das klingt vielleicht etwas abstrakt, aber konkret bedeutet das: Wir haben keine einzige Außenstelle, in der die Akten archivgerecht gelagert werden können. Damit sind sie anfällig für Verfall. Wir brauchen also Investitionen, und die kommen nur, wenn Planungssicherheit da ist, also die Garantie, daß das Archiv unbegrenzt besteht. Dann können wir auch in Digitalisierung zur Sicherung und Nutzung der Unterlagen investieren. Wir brauchen eine freie Forschung, die die SED-Diktatur insgesamt in den Blick nimmt, nicht nur die Stasi. Das gilt ebenso für die Bildung. All das sind anstehende Herausforderungen. Deshalb ist es wichtig, offen zu sein für Verände-

malige Verfolgte durch Akteneinsicht ein Stück ihres gestohlenen Lebens zurückbekommen. Die Nutzung der Akten ist eben nicht nur ein Verwaltungsakt. Sie steht für die Überwindung der Diktatur und deren Aufarbeitung. Gerade deshalb sollten wir offen sein für Veränderungen und dafür sorgen, daß sich dieses Symbol weiterentwickeln kann.

stacheldraht: Bei der Diskussion um die Zukunft der Behörde bietet sich der Vergleich mit dem Berliner Landesamt für Gesundheit und Soziales an. Das ist vor einiger Zeit heftig und zu Recht in der Kritik gewesen. Inzwischen wurden Strukturveränderungen vorgenommen, und es scheint besser zu funktionieren. Aber keiner wäre doch auf die Idee gekommen, es abzuschaffen.

Jahn: Gut, Vergleiche sind immer schwierig. Ich werde dafür einstehen, daß nichts abgeschafft, aber etwas weiterentwickelt wird. Gerade, weil ich selber davon betroffen bin, im Gefängnis gegessen und hautnah das Wirken der SED-Diktatur gefühlt habe, geht es mir darum sicherzustellen, daß nichts abgeschafft wird. Aber, daß wir eine Chance haben, neue Impulse zu setzen. Unsere Aufgabe ist es jetzt, mit einer offenen Diskussion die Politik so zu begleiten, daß sie die richtigen Entscheidungen trifft. Mir geht es vor allem um die ganz konkreten Dinge, die für die Menschen spürbar sind.

stacheldraht: Dieter Dombrowski, der Vorsitzende der UOKG, ist der Meinung, daß die Opfer unbedingt einen Bundesbeauftragten für ihre Belange brauchen, aber keinen Ombudsmann. Im Bericht der Expertenkommission steht nun ausdrücklich das Wort „Ombudsperson“. Wie verstehen Sie die künftige Aufgabe eines neuen Bundesbeauftragten hinsichtlich der Opfer?

Jahn: Ich bin da ganz nah bei Dieter Dombrowski. Der Titel ist für uns zweitrangig. Entscheidend ist doch, daß umgesetzt wird, was es noch an offenen Punkten gibt. Wir brauchen endlich Verbesserungen bei der Anerkennung der Haftfolgeschäden, wir brauchen Verbesserungen für die Zwangsadoptierten, die ihre Fälle nicht richtig aufklären können, weil ihnen teilweise der Aktenzugang auf den Ämtern verwehrt wird. Wir brauchen Rentengerechtigkeit für die Flüchtlinge und freigekauften Häftlinge, und wir brauchen endlich eine Entfristung der Möglichkeit einer Antragstellung auf Re-

habilitierung. All das muß durchgesetzt werden. Aufklärung und Aufarbeitung haben kein Verfallsdatum. Und deshalb sind Reformen wichtig, die Instrumente schaffen, um die Dinge im Sinne der Opfer wirklich voranzubringen. Dies ist mir ein großes Anliegen – auch aus eigener Erfahrung.

stacheldraht: Ihre Schilderung reicht aber weit über die Aufgaben eines Ombudsmannes hinaus.

Jahn: Darum geht es jetzt. Wir sind in einem Klärungsprozeß mit der Politik, was da eigentlich gemeint ist. Hier brauchen wir dringend Klarheit darüber, welche Chancen bestehen, mit welchen Veränderungen wirklich auch Verbesserungen für die Opfer zu erreichen sind.

stacheldraht: Welche Verbesserungen für die Opfer sehen Sie denn in diesem Konzept der Expertenkommission?

Jahn: Ich sehe darin durchaus Chancen, weil hier zum ersten Mal deutlich gesagt worden ist, daß die Stasi-Akten für die Aufarbeitung unverzichtbar sind. Es wurde ganz klar ausgedrückt, daß die Stasi-Akten dauerhaft zur Verfügung stehen sollen, daß der Zugang nach den bestehenden rechtsstaatlichen Regeln die Akteneinsicht sicherstellt. Und auch, daß die Angehörigen von Verstorbenen in ihre Akten schauen können, wenn sie das Familienschicksal aufklären wollen, daß Forschung und Bildung beste Voraussetzungen bekommen sollen, diese Akten zu nutzen. Dabei ist es mir ein Anliegen, das auch in den Vorschlägen aufgegriffen wurde, den Blick zu erweitern und die gesamte SED-Diktatur zu betrachten. Das ermöglicht es zudem, die Vielzahl der Opfer besser zu unterstützen: Dopingopfer, Zwangsadoptierte, verfolgte Schüler und Studenten und viele mehr. Für die Zukunft muß vieles auf den Weg gebracht werden, und dafür weist der Kommissionsbericht eine Richtung. Aber da setzen natürlich auch meine Zweifel ein – als jemand, der gelernt hat zu zweifeln, gerade durch die Erfahrungen in der DDR. Denn alles, was dort steht, braucht einen gründlichen Praxistest. Und es kann nicht mit der Brechstange gemacht werden, sondern Schritt für Schritt. Vor allen Dingen so, daß die Menschen, wir alle, auch mitgenommen und überzeugt werden.

stacheldraht: Sie hatten einmal die Vision eines Campus der Demokratie auf dem Gelände der ehemaligen Zentrale der Staatssicherheit in Berlin-Lichten-

berg. Inwieweit entspricht der Kommissionsvorschlag einer „Stiftung Diktatur und Widerstand – Forum für Demokratie und Menschenrechte“ Ihren Vorstellungen, und an welcher Stelle hätten Sie sich anderes gewünscht?

Jahn: Über Namen läßt sich streiten, aber es ist gut, daß betont worden ist, daß die historischen Orte auch in Zukunft



Fotos: N. Radlitz

Blick aus dem Dienstzimmer auf die Zentrale der Linkspartei.

und langfristig genutzt werden sollen. Ich wünsche mir, gerade in der ehemaligen Stasi-Zentrale, die Sicherstellung der Vielfalt der Akteure. Es arbeiten dort ja schon die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft, die AStak mit dem Stasi-Museum, nun auch die Robert-Havemann-Gesellschaft mit ihrer Revolutions-Ausstellung und andere gesellschaftliche Akteure. Sie sind auf diesem Gelände aktiv und brauchen keinen Vormund, aber gute Bedingungen. Gelände und Gebäude müssen ordentlich verwaltet und effektiv vermarktet werden, damit die Menschen weltweit diesen besonderen Ort kennenlernen können. Es ist ja in der Welt wirklich besonders, daß an einem Ort gleichzeitig Repression, Revolution und Aufklärung dargestellt werden können.

stacheldraht: Vielen Dank, Herr Jahn.

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Zersplitterung, Lähmung und Isolation

Mißbrauch psychiatrisch-psychologischer Kompetenz in der DDR

Von Theo R. Payk

In der Sowjetunion gehörten bis zur Perestroika zu den Repressalien gegen Dissidenten deren Diskreditierung und Ausschaltung mittels fiktiver, wissenschaftlich nicht begründbarer psychiatrischer Diagnosen, die im Moskauer Serbski-Institut für forensische Psychiatrie von Prof. Sneshewski und Dr. Morosow konstruiert worden waren. Trotz aller Bewunderung für das sozialistische Vorbild wurde in der DDR auf derlei plumpe Methoden der Verfolgung mißliebiger Bürger verzichtet. Statt dessen bediente sich der Staatssicherheitsdienst (SSD) anderweitig psychiatrisch-psychologischer Fachkom-

Körperliche Schikanen und psychische Mißhandlungen waren an der Tagesordnung.

petenz, um politisch unzuverlässige, erst recht renitente oder fluchtverdächtige Bürger zu identifizieren, zu bedrohen und zu zermürben. Schon ein Ausreiseantrag (der ohnehin abgelehnt wurde) veranlaßte den sich in ständiger paranoischer Alarmstimmung befindenden SSD, aktiv zu werden; grundsätzlich war bei jeder staatskritischen Meinungsäußerung von einer „politisch negativen Einstellung“ auszugehen, die es zu neutralisieren galt. Es gab insgesamt mindestens 200 000 (!), als „Klassenfeinde“ abqualifizierte, poli-

tische Gefangene, zu denen auch die Republikflüchtigen gezählt wurden. Körperliche Schikanen und psychische Mißhandlungen waren an der Tagesordnung, schätzungsweise 8000 Inhaftierten wurden wohl auch psychotrope Substanzen verabreicht.

Die Mitwirkung entsprechender Experten war wegen ihres Vertrauensbonus seitens hilfeschuchender Klienten besonders gefragt. Zielstrebig wurden demzufolge gern Psychiater und Psychologen als sogenannte Inoffizielle (IM) bzw. Geheime Mitarbeiter (GM) oder Geheime Informanten (GI) des MfS herangezogen. Darüber hinaus stellten sie sich als Planer und Organisatoren „operativer Zersetzungsmaßnahmen“ zur Verfügung. Im Rahmen dieser „operativen Psychologie“ wurden die einzelnen, planmäßigen Schritte eines Programms zur Bespitzelung, Diskreditierung, Verleumdung und Provokation (einschließlich einer Verleitung zu Straftaten) „feindlich-negativer Elemente“ erarbeitet. Der Psychologe und Bürgerrechtler Jürgen Fuchs, nach neunmonatiger Haft 1977 in den Westen abgeschoben, veröffentlichte unmittelbar danach detailliert seine diesbezüglichen Erlebnisse und Erfahrungen als aufschlußreiche „Gedächtnisprotokolle“.

Eine Auswertung von knapp 500 IM-Akten im Auftrag der Bundesärztekammer durch die Historikerin Francesca Weil (2008) vom Hannah-Arendt-Institut läßt den Schluß zu, daß rund 3 bis 5 % der Ärzteschaft für die Stasi arbeiteten, d.h. deutlich mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt, der auf 1 bis 2 % zu veranschlagen ist. Der SSD, der zielstrebig alle Bereiche der Gesundheitsfürsorge und Krankenbehandlung infiltrierte, war in der Psychiatrie (und Sportmedizin) am erfolgreichsten. Laut 1998 erstmals veröffentlichten Recherchen der Leipziger Psychiaterin Sonja Süß (2000), die 170 IM-Akten der Stasi auswertete, wurden – konspirativ mit Decknamen versehen – 66 Psychiater als IM bzw. GM geführt. Davon waren über zwei Drittel in leitender Position tätig (15 als ärztliche Direktoren, 22 als Chef- sowie 9 als Oberärzte). Sie hatten die Aufgabe, Informationen über Personal und Patienten zu sammeln und weiterzuleiten. Hauptsächliche Ziele wa-

ren die „Aufdeckung, Verhinderung und Liquidierung feindlicher Angriffe und Aktivitäten“, d.h. in der Regel die Unterbindung einer Republikflucht.

Weitere Aufgaben waren die Bekämpfung von „staatfeindlicher Propaganda und Hetze“, „Staatsverleumdung“, „Rowdytum“ und ähnlichen, als „asoziales Verhalten“ inkriminierten Verhaltensweisen. Weitaus am häufigsten waren – teils massive – Verletzungen der *Schweigepflicht*. Von Süß werden zahlreiche Denunzianten genannt, als Beispiele für eine besonders intensive Berichterstattung die leitenden Psychiater Heinz-Jürgen Radermacher (IM „Silbervogel“), Karl-Heinz Wieder (GM „Lauterbach“) und Klaus Hoffmann (GM „Georg“ bzw. „Wilhelm“). Radermacher arbeitete in den Nervenkliniken Lübben und Teupitz, Wieder war Chefarzt am psychiatrischen Bezirkskrankenhaus Arnsdorf, Hoffmann Chef am Wilhelm-Griesinger-Krankenhaus in Berlin. Als besonders „erfolgreicher“ IM bzw. GM erwies sich offenbar Hans Eichhorn alias „Grabowski“, bis 1989 ärztlicher Direktor des Bezirksfachkrankenhauses Ueckermünde, der sich bereits während seines Medizinstudiums zu konspirativer Zusammenarbeit mit dem MfS verpflichtet hatte. Als Stasi-Mitarbeiter geführt wurden des weiteren die Klinikpsychiater Gerhard

Programm zur Bespitzelung, Diskreditierung, Verleumdung und Provokation

Mühlau (IM „Jörg Ott“) und Wilfried Lohbert (IM „Bert“) in Jena bzw. Stadtroda, Christoph Göhlert (IM „Cäsar“) und Ernst Siegel (IM „Ernst Winzer“) in Neuruppin bzw. Hildburghausen, Klaus Seelisch in Mühlhausen (GM „Horst“), sowie Jürgen Rogge (IM „Georg Husfeld“), Chefarzt des Leipziger Haftkrankenhauses Meusdorf.

Über den oppositionellen Pfarrer Heinz Eggert, nach der Wiedervereinigung zeitweise sächsischer Innenminister, wurde 1984 während eines mehrwöchigen Zwangsaufenthaltes in der psychiatrischen Klinik Großschweidnitz die Stasi vom Psychiater Reinhard Wolf (IM „Man-

Viele Menschen, manchmal besonders kluge, meinen, daß Geld alles ist. Sie haben recht.

Ephraim Kischon

Ohne den Stacheldraht ist aber alles Geld nichts.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

fred“) auf dem laufenden gehalten. Im übrigen gehörten Zwangseinweisungen unbotmäßiger, eventuell störender „Unruhestifter“ während Großveranstaltungen zum politpsychiatrischen Repertoire der Ärzte, obgleich das Zwangseinweisungsgesetz der DDR von 1968 die Unterbringung psychisch Gesunder in einer psychiatrischen Anstalt eindeutig ausschloß.

Besonders berüchtigt war die psychiatrische Abteilung des Haftkrankenhauses Waldheim, ab 1970 vom Chefarzt Wilhelm Poppe (IM „Seidel“) aus der Psychiatrie Hochweitzschen in Form wö-

Republikflüchtige wurden als minderwertige Charaktere diffamiert.

chentlicher Besuche mitbetreut; in den Akten fanden sich massenhaft Hinweise auf Patienten, die sich mit Fluchtgedanken trugen bzw. in den Westen wollten. Seit 1966 war Manfred Ochernal Gutachter bzw. Leiter der Waldheimer Beobachtungsstation, ehe er 1973 Professor für forensische Psychiatrie an der Humboldt-Universität Berlin wurde und ins Innenministerium wechselte. Ochernal lieferte der Stasi jährlich etwa 30 bis 40 Begutachtungen politischer Häftlinge des MfS-Haftkrankenhauses Berlin-Hohenschönhausen, deren Untersuchungen grundsätzlich in Anwesenheit eines Stasi-Offiziers erfolgten. Ochernal war Ausbilder und Mentor von Horst Böttger, der in diesem Gefängnis von 1978 bis 1988 als Psychiater arbeitete, ehe er bis zum Ende der DDR als Gutachter bzw. „Offizier im besonderen Einsatz“ im Rang eines Oberstleutnants an der Humboldt-Universität tätig war. Vom MfS wurde er für seine vorbildliche Mithilfe bei der Lösung operativer Fragen besonders belobigt.

In seiner zweiten (juristischen) Dissertation an der Golmer Juristischen MfS-Hochschule hatte sich Böttger, der 1980 an der Humboldt-Universität bereits mit Persönlichkeitsbeschreibungen von Straftätern in Medizin promoviert hatte, mit Ursachen und Bedingungen der Entwicklung feindlich-negativer Einstellungen von DDR-Bürgern und deren Bekämpfung befaßt. Seine Täteranalysen bestanden aus Konglomeraten von sozialpsychologischen Erörterungen, psychopathologischen Beschreibungen und moralischen Abqualifizierungen. Er betrachtete „feindlich-negative Einstel-

lungen gegenüber der Staatsmacht“ als Ausdruck von Überheblichkeit, Besserwisserei, Geltungsbedürfnis und Habgier. Republikflüchtige wurden als minderwertige Charaktere diffamiert, insbesondere Berufskollegen.

Böttger befürwortete gegen Oppositionelle nicht nur staatliche Repressionen, sondern auch medizinische Disziplinierungen. Nachdem der psychiatrische Ordinarius Karl Seidel 1978 stellvertretender Leiter der Abteilung Gesundheitspolitik im Zentralkomitee der SED geworden war, wurde die inoffizielle Kooperation als „Fritz Steiner“ durch eine nunmehr offizielle Mitarbeit beim MfS abgelöst. Seidels Nachfolger auf dem Lehrstuhl an der Charité bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1987 wurde Heinz F. Schulze alias „Schumann“, einer der prominentesten Ost-Psychiater. Er war als zuverlässiger und fleißiger IM geschätzt. Zu den führenden DDR-Psychiatern gehörte eine Zeit lang auch Jochen Neumann, von der Stasi als IM „Hans“ bzw. „Erhard“ geführt. Neumann war bis 1982 ärztlicher Leiter des Wilhelm-Griesinger-Krankenhauses Berlin, dann – nach einem Intermezzo als Generaldirektor des deutschen Hygienemuseums Dresden – von 1989 bis 1990 Leiter der Bezirksnervenklinik Ueckermünde. 1983 avancierte er zum Vizepräsidenten des Psychiatrischen Weltverbandes WPA. Psychotherapeuten mit IM-Funktion in klinischen Einrichtungen waren z.B. Monika Kneschke alias „Charlotte Lorenz“ (Haus der Gesundheit bzw. Klinik Hirschgraben Berlin), Alexander Schulz alias „Sigmund Freud“ (Charité), Klaus Gerlach alias „Karl Förster“ (Beratungsstelle Gardelegen/Magdeburg), Norbert Göth alias „Fred Wolke“ (Bezirksnervenklinik Bernburg).

Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi gab es ebenso unter den Rechtsanwälten, die ihnen offenbarte Geheimnisse weitergaben bzw. über Persönlichkeit, Probleme und soziale Situation ihrer Mandanten Bericht erstatteten. Zahlreiche Juristen waren als (potentielle) Angehörige des MfS Absolventen der 1951 gegründeten SED-Kaderschmiede „Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit“ in Potsdam-Golm. In der dortigen politisch-operativen Spezialabteilung mit dem Lehrstuhl „Operative Psychologie“ lehrte Oberstleutnant Jochen Girke als leitender Psychologe die Kunst effizienter Bekämpfung des antisozialistischen „Subjektivismus“. Hier wurde nicht nur intensiv daran gearbeitet, die Energien gegen den allgegenwärtigen Klassenfeind zu

Archiv-Führungen

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig, finden jeden letzten Mittwoch im Monat um 17 Uhr statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 41) 22 47 32 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

bündeln und zu optimieren, sondern es wurden auch besonders perfide Methoden zu dessen „operativen Zersetzung“ entwickelt. Ein Beispiel für viele andere: *„Erfahrungen und Erlebnisse im zielgerichteten Einsatz von IM zur Erkennung und vorbeugenden Verhinderung von ... Anträgen auf ständige Ausreise nach dem nichtsozialistischen Ausland ... und zur Begehung von Straftaten des ungesetzlichen Grenzübertretts durch Angehörige der medizinischen Intelligenz und des mittleren medizinischen Personals“* – so der Titel einer der bis zur Auflösung der Hochschule 1989/1990 (ausschließlich von Männern!) angefertigten, rund 3650 (!) juristischen Diplom- und Doktorarbeiten.

In der 1976 abgefaßten (und 1985 im Wörterbuch zur politisch-operativen Arbeit weiter kommentierten) Richtlinie Nr. 1/76 des MfS zur Entwicklung und

Die Kunst effizienter Bekämpfung des antisozialistischen „Subjektivismus“

Bearbeitung Operativer Vorgänge (OV) wurde die „operative Zersetzung“ als Mittel wirksamer Bekämpfung subversiver Tätigkeit genauer definiert und so dann systematisch gegen oppositionelle Gruppen und Einzelpersonen eingesetzt. Ziele waren *Zersplitterung, Lähmung, Desorganisierung und Isolierung „feindlich-negativer Kräfte“*, um dadurch deren Handlungen einschließlich deren Auswirkungen vorbeugend zu verhindern, wesentlich einzuschränken oder gänzlich zu unterbinden. Das Spektrum der katalogartig zusammengestellten „Maßnahmen“ reichte von permanenten, angsteinflößenden Beschattungen, Überwachungen und Nachstellungen über verleumderische Desinformationen aus der Privat- und Intimsphäre der Betroffenen, Belästigungen und Schikanen durch Falschmeldungen, direkte und indi-



rekte Einschüchterungen und Verunsicherungen bis hin zu offenen und versteckten Erpressungen und Drohungen. Erst nach 1989 wurde das Ausmaß dieser Stasi-Aktionen öffentlich bekannt. Schätzungen gehen von einer vier- bis fünfstelligen Anzahl von – dadurch teils nachhaltig – psychisch geschädigten Personen aus.

Das Urteil stand ohnehin von vornherein fest.

Um den Schein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren, wurde in den Gerichtsverhandlungen größter Wert auf ein Geständnis gelegt. Um dieses formal hochrangige Beweismittel zu erhalten, wurden zur „*Stimulierung der Aussagebereitschaft von Personen in der Untersuchungsarbeit*“ bei den Verhören der politischen Häftlinge Praktiken der „operativen Psychologie“ eingesetzt. So wurden als bewährte Mittel der „weißen Folter“, die keine verräterischen körperlichen Spuren hinterläßt, vorsätzlich und geplant u.a. folgende Methoden der Demütigung, Herabsetzung, Kränkung, Verunsicherung und Bedrohung verwendet:

Isolation, Dunkelhaft bzw. Arrest, Schlafentzug durch nächtliche Verhöre oder Lichtwechsel/Geräusche, Verschweigen der Haftdauer, Abhören der Zelle, Bspitzelung durch einen Mithäftling, häufiger Zellenwechsel, wechselndes Verhalten des Vernehmers (z.B. unerwartetes, aber berechnendes Gewähren von Vergünstigungen), Verhöre durch mehrere Vernehmer gleichzeitig, erpreßtes Aussageverhalten, Drohungen, herabsetzende Bemerkungen über Aussehen, Sprache, Herkunft und Beruf, zynisch-groteske Überhöflichkeit, erzwungenes Danken und

Grüßen, diktierter Briefpassagen, Postsperrung, Schreib-, Lese- und Liegeverbot, Schikanen von Seiten des Wachpersonals, Verhaltensinstruktionen bei Besuchen, willkürlich verschobene Rechtsanwalts- oder Familienbesuche, Wechsel des Anwalts, Hinausschieben oder Unterbinden ärztlicher Untersuchungen, falsche Informationen über Familienangehörige und Freunde bzw. deren „Bearbeitung“ oder sogar Mitinhaftierung.

Die psychologisch geschulten Stasi-Vernehmer nutzten die Verwirrtheit, Verstörtheit und Verletzlichkeit ihrer rechtlosen Opfer, um die erwünschte Unterschrift unter die – nicht selten manipulierten – Geständnisse zu bekommen. Das Urteil stand ohnehin von vornherein fest. Die meist nichtöffentliche Gerichtsverhandlung war nach festen Regeln inszeniertes Theater, der anwaltliche „Beistand“ Requisite. Am Rande sei erwähnt, daß der SSD andererseits in eigens geschaffenen Einrichtungen seinen Bediensteten psychologisch-psychiatrische Hilfe gewährte. Zahlreiche, besonders die mit „Zersetzung“ beauftragten bzw. unter „Feindberührung“ arbeitenden Offiziere, litten unter neurotischen Störungen und/oder Suchterkrankungen.

Auf der Suche nach den Beweggründen der Stasi-Aktivisten stößt man auf triviale Charakterdefizite: Verführbarkeit, Verblendung, Fanatismus, Opportunismus, Geltungsdrang oder Mißgunst bzw. Rivalitäten im persönlichen Umfeld. Eine enorme antidemokratische und bürgerfeindliche Dynamik erwächst allerdings aus der Verknüpfung solcher menschlicher Schwächen mit einer organisierten Nutzung und gezielten Verwertung spezieller Fachkenntnisse zum Schaden anderer.

Bei den genannten Recherchen von Süß und Weil gaben knapp dreiviertel der interviewten Psychiater/Psychotherapeuten nichtsdestoweniger politische Überzeugungen als Motiv für ihre Mitarbeit an – z.B. den Glauben an eine neue, gerechtere und friedliche sozialistische Gesellschaftsordnung im Vergleich zum kapitalistischen Westen. Die restlichen wurden angeblich durch Erpressung, Druck, Drohungen und Nötigung mehr oder weniger zur Kooperation gezwungen.

Wie in der UdSSR gab es für die heimdienstlichen Hilfeleistungen auch hier handfeste Vergünstigungen: einen begehrten Studienplatz (für Medizin oder Psychologie), berufliches Fortkom-

men trotz nur mittelmäßiger Leistungen, Reisen ins kapitalistische Ausland. Eine loyale Kooperation förderte die weitere Karriere. Die materiellen Entlohnungen reichten von kleineren Aufmerksamkeiten über regelmäßige finanzielle Zuwendungen bis hin zu PKWs und Luxuswohnungen; außerdem wurde die Mitarbeit mit Medaillen, Orden und Belobigungsurkunden gewürdigt.

Für viele Täter war deren Entmachtung infolge der Wiedervereinigung 1990 zwar schmerzlich, aber sozial tolerabel. Der Einigungsvertrag bewahrte die allermeisten MfS-Protagonisten vor sozialen Abstürzen oder gar härteren Sanktionen. Im übrigen verwässerte der gesellschaftspolitische Mainstream des Verleugnens, Vertuschens und Verdrängens eine angemessene Aufarbeitung von Hintergründen und Auswirkungen des sozialistischen Staatsterrors. Wie erwähnt, wurden als Rechtfertigung Pflichtgefühl, subjektives Rechtsbewußtsein und Verteidigung der staatlichen Ordnung vorgebracht, soweit die rechtswidrigen Handlungen überhaupt dank der Aufmerksamkeit interessierter Bürger publik wurden. Die eklatanten Verstöße gegen Menschen-, Berufs- und Strafrecht blieben weitgehend ungesühnt. Nur in Ein-

Die eklatanten Verstöße gegen Menschen-, Berufs- und Strafrecht blieben weitgehend ungesühnt.

zelfällen wurden die ebenso menschlich verwerflichen wie berufsethisch verbotenen, schweren Vertrauensbrüche und die Mithilfen bei der psychischen Folter mit Geldstrafen geahndet; berufsrechtliche Sanktionen wie ein Entzug der Approbation blieben aus. Im Gegensatz zu ihren lebenslang traumatisierten Opfern, von Mielke als „Kriminelle übelster Sorte“ tituliert, konnten die belasteten Ärzte und Psychologen nach der Wiedervereinigung ihren Beruf weiter ausüben – in freier Praxis, als Gutachter oder in nichtstaatlichen Krankenhäusern und Kliniken.

(Prof. Dr. Dr. Theo R. Payk, geboren 1938, war als Psychiater und Psychotherapeut in leitenden Klinikfunktionen tätig; bis 2003 Chefarzt und Ordinarius für Psychiatrie und Psychotherapie an der Ruhr-Universität Bochum. Er ist Autor einer großen Anzahl von Fach- und Sachbüchern.)

Wieviele Zeitungen trägt der Mensch?

FAZ, Tagesspiegel, Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Rundschau, BILD, taz, Die Zeit, Spiegel, Focus, Stern, Bersenbrücker Kreisblatt...

Man kann nicht alle lesen – aber den „Wochenrückblick“-online bestellen.

Dieser Informationsdienst bietet mit kurzen Texten und Links zu vollständigen Zeitungsberichten die News der vergangenen Woche, rund um das Thema Aufarbeitung. Er wird als E-Mail verschickt und ist zu bestellen unter uokg-wochenrueckblick@gmx.de.

Fehlende Aufarbeitungskultur in Albanien

Am 7. April fand in der Europa-Universität Viadrina der 26. Workshop „Aufarbeitung und Recht“ statt. Professor Dr. Johannes Weberling hatte dazu in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) eingeladen.

Schwerpunktthema war dieses Mal die Aufarbeitung in Albanien. Dr. Thomas Schrapel, langjähriger Leiter des Büros der KAS in Tirana, berichtete einleitend viele Details aus der kommunistischen Ära von Albanien. Schnell wurde klar, daß das Regime insgesamt offenbar noch grausamer war als die kommunistischen Diktaturen anderer Staaten. So brachte z.B. die beiläufige Erwähnung, wie lange man als Schwimmer von der albanischen Küste zur nächstgelegenen griechischen

Insel benötige, zehn Jahre Haft ein. Todesurteile wurden von kommunistischen Funktionären hemmungslos unterzeichnet, oft sogar erst dann, wenn die Hinrichtung bereits vollzogen war.

Gentiana Gundula von der Behörde zur Öffnung der Akten des ehemaligen Geheimdienstes „Sigurimi“ wies u.a. darauf hin, daß das System der Entschädigung für die Opfer des Kommunismus – soweit es existiert – geändert worden sei. Priorität hätten jetzt diejenigen, die auf Grund ihres Alters voraussichtlich nur noch für kurze Zeit in den Genuß einer Entschädigung kommen könnten.

Noch gäbe es keine „Aufarbeitungskultur“ in Albanien, sehr viele in Albanien

würden die Geschichte verdrängen, meinte Dr. Jonila Godole, Direktorin des Instituts für Demokratie. Schwierig sei es auch, Zeitzeugen in Schulen zu bringen, die Schuldirektoren hätten vor dieser Art der Aufarbeitung in der Regel Angst. Beiträge von Dr. Dagmar Hovestädt, Pressesprecherin des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, über Perspektiven zur Diskussion um die Vorschläge der Expertenkommission zur Zukunft der Behörde des BStU und von Dr. Enrico Rennebarth aus der Enquete-Kommission des Landes Niedersachsen rundeten die hochinteressante Veranstaltung ab, bei der erfreulicherweise auch Studenten der Viadrina aufmerksam zuhörten.

Wolfgang-Christian Fuchs

Lenins Verbrechen in einer Linie mit Stalins

Treffen der Lagergemeinschaft Workuta vom 3. bis 5. Juni 2016 in Schwerin

Sie kamen aus ganz Deutschland: ehemalige politische Häftlinge aus Workuta, ihre Angehörigen, Kinder, Enkelkinder und Freunde; ca. 80 Teilnehmer. Vor 16 Jahren war Schwerin schon einmal Gastgeber der Lagergemeinschaft. Zahlreiche ehemalige Häftlinge leben nicht mehr, andere konnten aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen. Die lange Haft in einer der unwirtlichsten Gegenden der Welt nördlich des Polarkreises hatte ihre Spuren hinterlassen. Darauf ging der Vorsitzende Horst Schüler in seiner Ansprache kurz ein.

Die Leitung der Veranstaltung lag in den Händen von Edda Ahrberg, ehemalige Landebeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in Sachsen-Anhalt, und Anne Drescher, amtierende Landesbeauftragte von Mecklenburg-Vorpommern. Sie hatten das umfangreiche Programm vorbereitet und auf die exakte Durchführung geachtet. Dafür gebührt beiden Damen großer Dank. Presse, Funk und Fernsehen begleiteten die Veranstaltung. Zuletzt gab Horst Schüler vor dem in Schwerin nach wie vor existierenden Lenin-Denkmal ein Interview. 26 Jahre nach der friedlichen Revolution wird den Opfern des GULag noch immer das Andenken an den sowjetrussischen „Revolutionsführer“ zugemutet.

Anstelle des erkrankten Bildungsministers von Mecklenburg-Vorpommern, Mathias Brodtkorb, sprach sein Staatssekretär Se-

bastian Schröder, erstaunlich gut vorbereitet, über das Schicksal der politischen Gefangenen in Workuta. Später berichtete der Vizepräsident des Brandenburger Landtages, Dieter Dombrowski von seinen Erfahrungen mit dem SED-Regime und seiner Haft. Unter dem Beifall der Anwesenden konnte er mitteilen, daß die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen auch künftig weiter bestehen wird.

Zwei kurze Filmbeiträge informierten über die Heimkehr Anita Willes aus dem Straflager und über die Zeitreise Roland Budes von Rostock nach Workuta. In gewohnt souveräner Art trug Stefan Krikowski über seine verdienstvollen biographischen Arbeiten vor. Zu den bisherigen Biographien deutscher GULag-Häftlinge in Workuta sind drei weitere gekommen, so auch die von Dr. Horst Hennig, dessen Autobiographie unter dem Titel „Erinnern statt Verdrängen“ soeben im Leipziger Universitätsverlag erschienen ist. Das sind Beispiele für effektive Öffentlichkeitsarbeit im Sinne der Lagergemeinschaft, die in ihrer Außenwirkung kaum überschätzt werden können, abgesehen von den neuen Erkenntnissen und der Bereicherung der Geschichtswissenschaft.



Plakataktion der Lagergemeinschaft vor dem Lenin-Denkmal in Schwerin.

Der zweite Tag verlief weniger harmonisch, vielmehr produktiv kontrovers. Prof. Andreas Hilger trug über Lenin vor mit Überlegungen, wie die historische Persönlichkeit zu behandeln sei und wie man mit der Erinnerungskultur umgehen könne. Abwägend versuchte er, zwischen Anspruch und Wirklichkeit die Gestalt Lenins in einer Grauzone zu plazieren. So kam es nicht überraschend, daß er für die Erhaltung des Lenin-Denkmals eintrat. Dr. Jörg Morré, Direktor des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst verstärkte diesen Trend. Dagegen sprach Horst Schüler im Namen der Anwesenden und erinnerte an die Verbrechen Lenins, die in einer Linie mit Stalins stehen. Offenbar standen sich akademische Überlegungen und jahr-



zehntelange politische Erfahrungen von ehemaligen Häftlingen gegenüber.

Die gemeinsame Fahrt zum Lenin-Denkmal in Schwerin – erneut gut vorbereitet von Anne Drescher und Edda Ahrberg – markierte neben den zahlreichen Gesprächen am Rande der Veranstaltung einen Höhepunkt, auch wenn nur wenige Schweriner Bürger dazustießen. Vier der 108 Toten, die durch ein Sowjetisches Militärtribunal (SMT) in Schwerin verurteilt und in Moskau ermordet worden waren, wurden mit ihrem Lebenslauf und Bildern stellvertretend vorgestellt, darunter die Geschwister Erika und Günter Kunert, denen bis heute kein Ehrenmal gewidmet ist.

Hans-Jürgen Jennerjahn, 86 Jahre alt, gebürtiger Schweriner, berichtete in freier Rede über seine Verhaftung, die Verurteilung zu 25 Jahren Lagerhaft und den Weg nach Workuta, wo er an eine Rückkehr nicht glaubte. Vor diesen emotional aufwühlenden Worten, entlarvte Stefan Krikowski, bewußt anklagend, Lenin als Tschecha-Begründer und Erbauer der ersten bolschewistischen Konzentrationslager für Andersdenkende. „Dieses Denkmal“, so sein Fazit, „ist ein Schlag ins Gesicht für alle Opfer des Kommunismus.“

Wie kann die Arbeitsgemeinschaft weiterbestehen? Dazu gab es Vorschläge und die einhellige Meinung, daß die zweite

Generation das Erbe antreten sollte. Auf dem nächsten Treffen der Lagergemeinschaft in Berlin oder Potsdam werden dazu, ganz im Sinne des Vorsitzenden Horst Schüler, die entsprechenden Vorschläge verabschiedet.

Zum Abschluß besuchten die Teilnehmer das Dokumentationszentrum des Landes Mecklenburg-Vorpommern für die Opfer der Diktaturen in Deutschland am traditionsreichen Demmlerplatz, den historischen Gerichtssaal, in dem das Sowjetische Militärtribunal damals seine „Urteile“ fällte.

Gerald Wiemers

Ungeheuerliche Ausbeutung politischer Häftlinge

Verbandstreffen der UOKG am 25./26. Juni 2016 in Berlin

(st) Kräftiger Beifall begrüßte Roland Jahn, den wiedergewählten Leiter der BStU, zu Beginn des Treffens. Jahn dankte den Verbänden und Dieter Dombrowski, dem UOKG-Bundesvorsitzenden, herzlich für die Unterstützung bei seiner Wiederwahl. Er wolle weiter im Dialog mit den Verbänden agieren.

Schwerpunkt dieses Wochenendes war das Thema „Soll die politische Zwangsarbeit ungesühnt bleiben?“ Dazu sprach zunächst Dr. Susanne Kill, Mitautorin der Studie der Deutschen Bahn zur Haftzwangsarbeit bei der Deutschen Reichs-

bahn in der SED-Diktatur (s.a. S. 18). Die Frage sei gewesen, welche Rolle die Reichsbahn im Strafvollzug der DDR spielte, einschließlich des Baus eines Gefängnisses in Zeithain und der Häftlingstransporte. Der erste Einsatz von Strafgefangenen könne auf 1948 datiert werden, als sowjetische Behörden befahlen, eine Trasse zur Abfuhr von Bergbauprodukten im Erzgebirge zu bauen. Ein weiterer seien Gleisbauarbeiten beim Ausbau des Rostocker Hafens gewesen. 1966 belief sich der Anteil an Gefangenen bei Gleisbauarbeiten auf 6,4 Prozent. Der Reichsbahn habe es beständig an Arbeitern für Schwerstarbeit gemangelt. In den späten 1960er Jahren baute sie ein Ausbesserungswerk direkt im Gefängnis Brandenburg. Dort habe es eine deutlich höhere Unfallrate als im zivilen Bereich gegeben. Die Häftlingsarbeit sei stark ökonomisiert gewesen. Nicht festzustellen war, so Kill, die Zahl der politischen Häftlinge, die insgesamt bei der Reichsbahn arbeiteten, und auch nicht eine systematische Ungleichbehandlung von politischen und kriminellen Gefangenen. Auf Nachfrage zur Entschädigung zitierte sie Bahnchef Grube: Dies sei eine politische Entscheidung.

eller Härtefälle, entstanden durch die Folgen von Haftzwangsarbeit. Sie waren zusammengetragen worden, um in Gesprächen mit Politikern als Zwischenlösung einen Härtefallfonds anzuregen. Sachse nannte vor allem Beispiele, bei denen schwere Schäden durch Haftzwangsarbeit heute wegen unzureichender Beweise nicht anerkannt werden. Dieter Dombrowski betonte im Anschluß, Ziel müsse letztlich eine Beweislastumkehr sein.

Zum Programm des Verbandstreffens gehörte auch eine Sonderführung durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Nach einem kurzen Zeitzeugenbericht des ehemaligen politischen Häftlings Michael Bradler führten er und Norbert Krebs, der ebenfalls politisch inhaftiert war, die Teilnehmer an die authentischen Orte. Es wurden u.a. eine Sauna für MfS-Offiziere, die Großküche, der „Grotewohl-Expreß“ und das Haftkrankenhaus besucht. Krebs bewies dabei eindrucksvolle Kenntnisse der Forschungsarbeiten der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam zur psychischen Folter. So konnte er an oft nur kleinen Details nachweisen, wie ausgeklügelt und perfide das Programm der Vernehmer funktionierte, um Willen und Widerstandskraft der Untersuchungshäftlinge zu brechen.

In der Mitgliederversammlung am Rande des Treffens trug Dieter Dombrowski den Tätigkeitsbericht vor. Er sei Gast beim 25jährigen Jubiläum der AG Fünfeichen und beim Treffen der Lagergemeinschaft der Workutaner gewesen und gern bereit, weitere Verbände zu besuchen. Diese forderte er insgesamt auf, sich aktiv in die

Treffen im Bundestag



Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Johannes Singhammer (r.), CSU, hatte für den 13. Mai dieses Jahres Verbandsvertreter und Betroffene zu einem Gespräch eingeladen, das Anlaß zur Hoffnung gab. (v.l.) Dieter Dombrowski, Katrin Behr, Singora-Viola Greiner-Willibald, Esther Finck. Anlaß war die Briefaktion der UOKG gewesen, mit der die Bundestagsabgeordneten vor allem auf das Thema Zwangsadoption hingewiesen werden sollten. Ein weiteres Gespräch dazu fand mit dem Grünen-Abgeordneten Dr. Harald Terpe statt.

Anschließend referierte Dr. Christian Sachse über eine Fallsammlung aktu-

Arbeit der UOKG einzubringen. Neben Gesprächen auf politischer Ebene zum Thema Haftzwangsarbeit habe die UOKG ein sogenanntes Artikel-Gesetz erarbeitet, in dem angestrebte Veränderungen innerhalb mehrerer bereits bestehender Gesetze zusammengefaßt sind. Außerdem sei erreicht worden, daß zehn bis 14 Lehrstühle an deutschen Hochschulen und Universitäten zur Erforschung des SED-Regimes in Aussicht gestellt wurden. Ebenso gebe es Bemühungen, die Förderung der UOKG so umzugestalten, daß eine stärkere Kontinuität und Planungssicherheit in der Arbeit erreicht werde. Darüber hinaus solle eine wissenschaftliche Studie über Zwangsadoption künftig auf Bundesebene unterstützt werden.

Die Mitgliederversammlung beauftragte den Vorstand der UOKG, „einen eigenständigen Stiftungsverein ins Leben zu rufen, der dazu dienen soll, finanzielle

Mittel aus öffentlicher und privater Hand zu generieren, um damit die Besserstellung und Unterstützung für ehemalige Zwangsarbeiter in der SED-Diktatur zu ermöglichen“. Begründet wurde dies damit, daß die Deutsche Bahn durch ein umfangreiches Gutachten die ungeheuerliche Ausbeutung politischer Häftlinge in der SED-Diktatur festgestellt habe. Auch private Unternehmen seien bereit, sich bei der Aufarbeitung und Wiedergutmachung zu engagieren. Da die Politik sich schwer tue, einen Wiedergutmachungsfonds o.ä. zu organisieren, müßten die Opfer selbst die Initiative übernehmen und Fakten schaffen.



Foto: N. Radlitz

Führung durch die Großküche der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen.

Neu in die UOKG aufgenommen wurde die Interessengemeinschaft Brandenburger Häftlinge. 

Tatort DDR-Gefängnis

(st) „Zum Gedenken an die politischen Häftlinge des SED-Regimes, die von 1971 bis 1990 in dieser ehemaligen Strafvollzugseinrichtung der DDR menschenunwürdig behandelt wurden“ – Das ist der Text einer Gedenktafel, die seit dem 24. Mai 2016 an der Außenmauer des heutigen Frauengefängnisses in Chemnitz, Reichenhainer Straße 236, angebracht ist. Zur Einweihung waren Vertreter von Stadt, Land und Aufarbeitungsinstitutionen sowie ehemalige politische Häftlinge gekommen.

Das Gebäude der JVA ist noch nicht sehr alt, es wurde 1969 als Strafvollzugseinrichtung der DDR gebaut. Daß dort auch politische Häftlinge einsaßen, war bis vor ein paar Jahren kaum bekannt, obwohl sie nach neueren Forschungen zeitweise den höchsten Prozentsatz innerhalb der DDR-Gefängnisse ausmachten.

Dieter Gollnick war einer von ihnen. Seit 2013 bemühte er sich, mit einer Gedenktafel an die politischen Häftlinge dieser Einrichtung zu erinnern. Es wurde ihm nicht leicht gemacht. Zunächst schien sich niemand zuständig zu fühlen. Er wurde von einer Stelle zur nächsten geschickt, bis er wieder von vorn anfangen mußte. Man nennt das auch „Bürgertennis“. Gollnick und seine Mitstreiter ließen jedoch nicht locker. Sie überzeugten den Landesbeauftragten für die Stasi-Unter-

lagen und die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, gezielte Forschungen zu den historischen Fakten zu veranlassen. Das Ergebnis war eindeutig.

So gab der sächsische LStU, Lutz Rathenow, in seiner Rede anläßlich der Einweihung offen zu, er sei von den Initiatoren Dieter Gollnick und Mike Mutterlose zunächst „genervt“ gewesen, wurde von ihnen jedoch überzeugt. Dafür dankte er beiden ausdrücklich. Auch Siegfried Reiprich, Leiter der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, bekannte seine anfängliche Skepsis dem Projekt gegenüber. Anna von Arnim, Vertreterin der Bundesstiftung Aufarbeitung, verband mit der neuen Gedenktafel den Wunsch, sie möge Anstoß für einen Austausch zwischen den Generationen sein sowie zu lebendiger und permanenter Erinnerung beitragen.

Mike Mutterlose nannte das Gefängnis im ehemaligen Karl-Marx-Stadt einen „Tatort des SED-Regimes“ und schilderte die erschütternden Verhältnisse bei der Haftzwangsarbeit. Wenn die

Norm nicht erreicht wurde, unterstellte man den Zwangsarbeitern z.B. Sabotage. Es sei zu mindestens einem Todesfall gekommen, de facto habe es keine ärztliche Betreuung gegeben. Kriminelle Häftlinge wurden provoziert, die politischen zu drangsalieren. Auch seien Häftlinge eingeliefert worden, die teilweise Schußverletzungen und Bißspuren von Hunden aufwiesen. „Mit diesen tapferen Leuten geht die Bundesrepublik sehr fahrlässig um. Die Opfer werden noch einmal zu Opfern“, sagte der ehemalige politische Häftling. 



Foto: Anna v. Arnim/Bundesstiftung Aufarbeitung

Eike König-Bender, die heutige Anstaltsleiterin, und Dieter Gollnick enthüllen die Tafel, rechts davon Mike Mutterlose und Lutz Rathenow.

Zeitzeugenaufruf der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus (Haft-)Zwangsarbeit im Strafvollzug Cottbus

Ein bisher noch nicht hinreichend untersuchtes Thema stellt die (Haft-)Zwangsarbeit im Strafvollzug in Cottbus dar. Eine Klärung der Fragen, unter welchen Bedingungen politische Häftlinge im Strafvollzug Cottbus Zwangsarbeit ausgesetzt waren, leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte und schafft Voraussetzungen für eine öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir würden uns freuen, wenn Sie uns bei der Aufarbeitung dieses so wichtigen Themas unterstützen könnten. Der unten stehende Fragebogen soll Informationen zur (Haft-)Zwangsarbeit im Strafvollzug Cottbus zusammentragen, um sie in eine Sonderausstellung zum Thema (Haft-)Zwangsarbeit einfließen zu lassen.

Die personenbezogenen Daten werden vertraulich behandelt. Alternativ können Sie den Fragebogen auch anonym ausfüllen.

Die Sonderausstellung wird am 10. Dezember 2017 in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus eröffnet. Sie wird von der Bundesstiftung Aufarbeitung und der Stiftung Lausitzer Braunkohle finanziert.

Sie können den Fragebogen am Computer ausfüllen und dafür die .docx- oder .rtf-Datei nutzen, die Sie auf unserer Internetseite unter: <http://www.menschenrechtszentrum-cottbus.de/forschung/zeitzeugenarbeit.html> finden. Bitte schicken Sie den ausgefüllten Fragebogen an ralf.marten@menschenrechtszentrum-cottbus.de.

Alternativ können Sie die Fragen auf einem gesonderten Blatt, bitte in deutlicher Handschrift, beantworten und uns per Post an folgende Adresse übersenden: Menschenrechtszentrum Cottbus e.V., Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, Bautzener Straße 140, 03050 Cottbus, oder per Fax (03 55) 29 01 33 33.

Gerne schicken wir Ihnen den Fragebogen auf Anfrage auch postalisch zu.

Für Rückfragen steht Ihnen Ralf Marten, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus, gern zur Verfügung.

Tel. (03 55) 29 01 33 11, E-Mail ralf.marten@menschenrechtszentrum-cottbus.de

Zeitzeugen-Fragebogen (Haft-)Zwangsarbeit im Strafvollzug Cottbus

1. Name, Vorname:
2. Anschrift:
3. Telefon/Mobil:
4. E-Mail:
5. Aufgrund welches Paragraphen des Strafgesetzbuches der DDR waren Sie inhaftiert?
6. Wie lautete das Urteil?
7. Bitte geben Sie den Zeitraum der Inhaftierung in der Strafvollzugsanstalt/ Strafvollzugseinrichtung Cottbus an.
8. Welche Ausbildung bzw. welchen Berufsabschluß hatten Sie vor der Inhaftierung?
9. In welchem/welchen Arbeitseinsatzbetrieb/en (AEB) waren Sie eingesetzt (ggf. auch außerhalb der Strafvollzugsanstalt/Strafvollzugseinrichtung und unter Angabe des Zeitraums)?
10. Standen Sie von Beginn der Einlieferung an in Arbeit, erst später oder nur teilweise (Zeiträume)?
11. Bitte beschreiben Sie Ihre Tätigkeit/en und die Produkte, die hergestellt wurden.
12. Welche beliebten/unbeliebten (schweren) Arbeiten gab es und wie wurden diese verteilt?
13. Wie lang wurden Ihnen Anlernzeiten zugestanden, in denen die Norm und die Vergütung noch keine Rolle spielten? Waren diese ausreichend?
14. Arbeitszeiten
 - a. Bitte geben Sie an, an welchen Tagen Sie wieviel Stunden zur Arbeit eingesetzt waren (z.B. Schichtsystem).
 - b. Wurden Ihnen darüber hinaus weitere Arbeiten abverlangt, z.B. Sonderschichten, Hausarbeiten und dergleichen?
 - c. Haben sie während Ihrer Haftzeit Urlaub im Sinne von arbeitsfreier Zeit erhalten?
15. Arbeitsnormen
 - a. Wie hoch waren die Arbeitsnormen?
 - b. Haben Sie Erkenntnisse darüber, ob die Arbeitsnormen von denen abwichen, die in den zivilen Bereichen des AEB galten?

Museum im Stasi-Bunker

Ehemalige Ausweichführungsstelle des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Leipzig

Flurstück 439, 04827 Machern

Besichtigung des Gesamtgeländes, Führungen durch den Bunker

Öffnungszeiten:

jeden letzten Sonnabend und Sonntag im Monat von 13 bis 16 Uhr

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Tel. (03 41) 961 24 43

Fax (03 41) 961 24 99

c. Wenn ja, woher?

d. Wenn ja, waren die Normen höher oder niedriger?

e. Waren die Arbeitsnormen konstant oder variabel?

f. Gab es Akkordarbeit? Wie wurde diese Norm geschaffen, und welche Sanktionen standen auf Nichterfüllung?

g. Bitte beschreiben Sie einen Arbeitsvorgang.

16. Arbeitsschutz und Arbeitsunfälle

a. Wie war die Ausstattung der Arbeitsplätze (natürliches Licht, Luftzufuhr, Getränke)?

b. Welche Gefahrenquellen existierten in Ihrem AEB und in Ihrer Tätigkeit?

c. Welche Arbeitsschutzmaßnahmen existierten laut Vorschriften und wie wurden diese in der Praxis umgesetzt sowie kontrolliert?

d. Haben Sie Arbeitsunfälle erlitten? Wenn ja, worin bestanden sie?

e. Waren Sie Zeuge von Arbeitsunfällen? Wenn ja, worin bestand/en er/sie?

f. Wurden Sie durch Ihre Arbeit gesundheitlich beeinträchtigt?

17. Medizinische Betreuung

a. Welche Maßnahmen der medizinischen Erstversorgung wurden im Falle eines Arbeitsunfalls vorgenommen?

b. Welche langfristige medizinische Betreuung nach einem Arbeitsunfall haben Sie erhalten?

c. Wurden Sie im Falle eines Arbeitsunfalls krankgeschrieben?

d. Nicht behandelte Arbeitsunfälle: Haben Sie diese selbst erlebt, waren Sie Augenzeugen bei Haftkameraden oder haben sie es von Dritten gehört? Wenn ja, welcher Art waren sie?

18. Gesundheitliche Folgen

a. Litten Sie a) während, b) unmittelbar nach der Haft oder c) leiden Sie noch heute unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen, die Sie ausschließlich oder überwiegend auf den damaligen Arbeitseinsatz zurückführen, nicht auf die allgemeinen Haftbedingungen? Wenn ja, wurden diese ärztlicherseits als Folgeschaden anerkannt?

19. Disziplinarstrafen

a. Haben Sie Disziplinarstrafen erlitten, die im Zusammenhang mit Ihrem Arbeitseinsatz standen (z.B. Paket- und Besuchssperre, Arrest, usw.)?

b. Mit welcher Begründung wurden diese verhängt?

c. Wissen Sie von Fällen von Mitinhaftierten, die Disziplinarstrafen erlitten?

20. Entlohnung

a. Welche Art der Entlohnung erhielten Sie für Ihre Arbeit und in welcher Höhe?

b. Gab es Sonderprämien, Zuschläge, wurden Sonderschichten und Nacharbeit besonders bezahlt?

c. Wurden Sozial- und Rentenbeiträge abgeführt?

21. Widerstand/Solidarität

a. Haben Sie Widerstands- oder Sabotageaktionen geplant, die während der Arbeit durchgeführt wurden?

b. Wenn ja, was war der Grund dafür (z.B. politische Überzeugung, ein bestimmtes Datum oder Ereignis)?

c. Haben Sie Kenntnis von Widerstandsaktionen anderer Häftlinge? Bitte beschreiben Sie deren Art und Weise und Motivation.

d. Sind Ihnen Solidaritätsaktionen für Häftlinge während der Arbeit bekannt (z.B. Hilfe bei Nichterfüllung der Norm, Unterstützung bei schlechter qualitativer Leistung von Haftkameraden)?

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

22. Sind Ihnen sonstige Ereignisse in Erinnerung, die sich in den Werkshallen während der Arbeit abspielten (z.B. Personal „austricksen“, anderweitige Beschäftigung, Kontaktaufnahme zu Häftlingen oder zur Bevölkerung)?

23. Wurden die politischen Häftlinge in Bezug auf die vorgenannten Punkte von den Strafvollzugsbediensteten oder den Zivilangestellten der Arbeitseinsatzbetriebe schlechter als die kriminellen Gefangenen behandelt?

24. Wie war das Verhältnis zu den Zivilmeistern?

25. Was denken Sie über den Grundsatz „Erziehung im Strafvollzug durch gesellschaftlich nützliche Arbeit“? Inwiefern wurde diese Erziehungsarbeit geleistet? Mit welchem Effekt und wurden Ziele erreicht?

26. Finden Sie den Begriff „Haftzwangsarbeit“ angemessen? Wie würden Sie die Tätigkeit/den Arbeitseinsatz im Strafvollzug in Cottbus am ehesten beschreiben?

27. Haben Sie eine berufliche Rehabilitation beantragt bzw. sind Sie beruflich rehabilitiert?

28. Für das Forschungsprojekt „Haftzwangsarbeit“ der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus stelle ich folgende persönliche und allgemeine Dokumente/Fotos/Objekte zur Verfügung:

29. Ich stehe als Zeitzeuge für Rückfragen und ggf. für ein Zeitzeugeninterview zur Verfügung.



Freundschaft

Es war Anfang der fünfziger Jahre, die Welt hatte sich noch längst nicht vom Schrecken des großen Krieges erholt, als wir uns kennenlernten. Und das geschah an einem Ort, in dem zu leben man seinem größten Feind nicht wünscht: Workuta, Lager 10. Wir, ein paar Deutsche inmitten mehrerer tausend verzweifelter und hoffnungsloser Gulag-Häftlinge. In der „Zone“, wie man damals gemeinhin den östlichen Teil Deutschlands nannte, hatten wir uns nicht einverstanden erklärt mit den Praktiken der kommunistischen

die späteren Entlassungslager kamen, wir aber ostwärts fuhren, wochenlang, bis an den Baikalsee, als die meisten glaubten, man wolle uns, die Zeugen des Blutbades 1953, verschwinden lassen.

Auch in den späteren Jahrzehnten, als wir zurückgekehrt waren aus der Hölle, blieb unsere Freundschaft bestehen, ja, sie wurde sogar enger, obgleich einige hundert Kilometer zwischen unseren Wohnorten liegen und wir uns eigentlich nur bei unseren Jahrestreffen sehen, dafür aber sehr oft telefonieren. Als aus den jeweiligen Lagergemeinschaften eine Organisation aller ehemaligen politischen Häftlinge aus den sowjetischen Gulag-Strafregionen – Frauen wie Männer – wurde, da war Horst einer meiner engsten Helfer. In der Beurteilung unserer gesellschaftlichen Zustände sind wir meist einer Meinung. Woran es liegt? Sicher an der gemeinsamen Erfahrung als Gegner einer terroristischen Ideologie, vielleicht aber auch daran, daß wir – er Jahrgang 1926, ich 1924 – das Grauen des Krieges noch als Soldaten an der Front erlebt haben.

Am 28. Mai 2016 wurde Horst Hennig neunzig. Ich wünsche ihm (und mir), daß unsere Freundschaft noch lange lebendig bleibt.

Horst Schüler

sie gegen die Kirchen, viele Eltern und Bürgerrechtler den umstrittenen Wehrkundeunterricht an den Schulen durch. Die laut Ex-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse „meistgehasste Frau der ehemaligen DDR“ wurde wegen ihrer extravaganten blauen Haartönung im Volksmund gerne als „Blaue Eminenz“ oder „Lila Drache“ bezeichnet.

Honecker ließ sich am 2. November 1989 vom Ministerrat von ihrer Funktion als Ministerin entbinden und trat in der Folge auch aus der SED aus. Dennoch hielt sie nach der Wiedervereinigung eisern an ihren sozialistischen Überzeugungen fest. Der Arbeiter-und-Bauern-Staat sei ihrer Meinung nach das bessere System gewesen. In einem Dokumentarfilm zum Sturz Erich Honeckers meinte sie zu den erschossenen DDR-Flüchtlingen, es sei deren eigene Dummheit gewesen, über die Mauer zu klettern. Des weiteren leugnete sie den Schießbefehl und bezeichnete traumatisierte Opfer der Jugendwerkhöfe als „bezahlte Banditen“. Auch die Stasi war in ihren Augen „legitim“.

Nach dem Mauerfall ermittelte die Staatsanwaltschaft gegen Margot Honecker wegen ihrer Verantwortung für Zwangsadoptionen von Kindern, deren Eltern wegen Republikflucht oder Spionage verhaftet worden waren. Ein entsprechender Prozeß wurde 1994 aber eingestellt. Weitere Strafanträge gegen Margot Honecker wegen der unmenschlichen Zustände in Jugendwerkhöfen der Ex-DDR scheiterten, weil Honecker für die bundesdeutsche Justiz nicht mehr greifbar war. Statt dessen aber erstritt sie in einem Aufsehen erregenden Prozeß mehrere Tausend Euro an Rentennachzahlungen vor deutschen Gerichten – sehr zum Unmut ihrer politischen Gegner und Opfer.

Die Ex-DDR-Ministerin für Volksbildung starb im Beisein ihrer Tochter Sonja und einer Krankenschwester. Sie ist auf dem Friedhof Parque del Recuerdo in Santiago beerdigt worden. Zahllose Opfer ihrer Politik hatten bis zuletzt vergeblich eine Bestrafung Honeckers durch die bundesdeutsche Justiz gefordert.

Suchanzeige

Heinz Kittel, Jahrgang 1929, SMT-verurteilt § 58-14 in Bautzen am 1. Juli 1948, inhaftiert im Gelben Elend, Sachsenhausen Zone 1, Untermaßfeld und von Dezember 1951 bis 17. Januar 1954 in Brandenburg-Görden.



Horst Hennig und Horst Schüler – zwei Lagerkameraden.

Herrscher, und die hatten reagiert, wie halt menschenverachtende Diktatoren immer reagieren – mit Verhaftung, Folter, Tribunalen, die alles sprachen, nur kein Recht, dafür zu Sklavenarbeit im Lager verurteilen.

Ja, da lernten wir uns kennen, da wurden wir Freunde. Freundschaften, wirkliche Freundschaften entstehen oft dort, wo der Tod den Menschen näher steht als das Leben. Workuta war so ein Ort, Lager 10 besonders. Horst Hennig war in Halle verurteilt worden, ich in Potsdam, in Workuta lagen wir nicht in einer Baracke, arbeiteten in unterschiedlichen Brigaden, es gab eigentlich wenige Berührungspunkte, dennoch war er mir näher als viele andere. In meinen Erinnerungen sehe ich ihn noch heute, die Arme so eigenartig in der Wattejacke verschränkt, bei Diskussionen eher zuhörend als sprechend. Oder im Sommer 1953, als sie den Aufstand im Lager 10 zusammenschossen, wie er unter den Toten lag, sich aufraffte und versuchte, Verwundeten zu helfen. Und wie er klaren Kopf behielt, 1955, als wir aus dem Lager 10 von den anderen deutschen Häftlingen getrennt wurden, die einen in

Zum Tod Margot Honeckers

(uokg) Margot Honecker, die Witwe des Ex-Staatschefs der ehemaligen DDR, Erich Honecker, ist am 6. Mai 89jährig in der chilenischen Hauptstadt Santiago de Chile an den Folgen eines Krebsleidens verstorben. Dort lebte sie seit Anfang der 1990er Jahre im selbst gewählten Exil – ausgestattet mit einer deutschen Rente. Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG: „Margot Honecker gehörte zu den SED-Genossen, die bis zum letzten Tag keinerlei Kritik an ihrem eigenen Handeln zugelassen haben. Die Zeit und die Entwicklung haben sie überholt und das ist gut so.“

Von 1963 bis zum Herbst 1989 war Margot Honecker Ministerin für Volksbildung in der DDR. Sie galt als kommunistische Hardlinerin und war in den Augen vieler die eigentliche Machthaberin in der ehemaligen DDR. Honecker wirkte maßgeblich am „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ vom 25. Februar 1965 mit. 1978 boxte



Heinz Kittel.

Foto: Privat

Wer kannte meinen Vater? Wer war zur selben Zeit in Brandenburg-Görden inhaftiert?

Bitte melden Sie sich bei: Sabine Steckroth, Stangenstr. 11, 70771 Leinfelden-Echterdingen, Tel. (0711) 797 08 70, Mobil (0176) 43 01 47 96 (Ich rufe gerne zurück.), E-Mail as.steckroth@kabelbw.de

„Eingesperrt in Cottbus“

Seit März 2015 ist das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. Träger des Bildungsprojektes „Eingesperrt in Cottbus – ehemalige politische Häftlinge im Spiegel der Menschenrechtsverletzungen in der DDR“, das auf dem Ansatz der lebendigen Erinnerung basiert. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Historikern, Zeitzeugen und Experten der historisch-politischen Bildung bzw. Lehrern bereitete im Laufe des Jahres neun Schicksale der politischen Gefangenschaft im Zuchthaus Cottbus didaktisch-methodisch auf. Entstanden ist eine bemerkenswerte Handreichung für den Einsatz in Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen, die neben den Gründen für die Inhaftierung auch besonders die Zeit und die Erfahrungen in der ehemaligen Strafvollzugs-einrichtung Cottbus beleuchtet.

Im Mittelpunkt stehen neun Videointerviews mit den Zeitzeugen, ergänzt durch verschiedene Stasi- bzw. Haftdokumente, Begriffserklärungen, Fotos, Bilder, aber auch Gedichte und einige weitere Zeitzeugenberichte. Die Jugendlichen werden in vielfältigen Arbeitsaufträgen angeregt, konkrete Menschenrechtsverletzungen im Alltag der Zeitzeugen zu benennen, die autoritären Züge und perfiden Methoden des SED-Staates zu diskutieren, die men-

schenunwürdigen Bedingungen in der U-Haft und im Strafvollzug zu erkennen, über ihre eigenen Denk- und Handlungsweisen nachzudenken und Schlußfolgerungen hinsichtlich der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit heute ziehen.

Die Handreichung kann über das Menschenrechtszentrum Cottbus e.V. zunächst kostenlos bezogen werden. Wir hoffen, damit im gesamten Bundesgebiet ein Bewußtsein für das Schicksal Cottbuser Häftlinge zu schaffen und zum Besuch unserer Gedenkstätte anzuregen.

Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.

Martin Schulz kommt nach Leipzig

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, wird am 9. Oktober, dem „Tag der Friedlichen Revolution“, die diesjährige Rede zur Demokratie in der Leipziger Nikolaikirche halten. Die Rede gehört neben dem Friedensgebet in der Nikolaikirche und dem Lichtfest Leipzig zum Kernprogramm der Veranstaltungsreihe „Herbst '89“ anlässlich des Jahrestages der Friedlichen Revolution.

„Die gewaltfreie Wiedererringung von Freiheit und Demokratie durch die Bürger vor nunmehr über 25 Jahren ist eine zentrale Geschichtserfahrung ganz Europas. Diese gemeinsame positive Erinnerung brauchen wir gerade in Zeiten von massiven Spannungen und gewaltsamen Konflikten als einen Ausgangspunkt für die aktive Gestaltung unserer europäischen Zukunft. Daß der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, in diesem Jahr am 9. Oktober in Leipzig zu Gast sein und die Rede halten wird, zeigt die Bedeutung der Friedlichen Revolution für die weitere Entwicklung der Demokratie und unsere gemeinsame europäische Zukunft“, sagte Tobias Hollitzer, Sprecher der Initiative „Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 9. Oktober 1989“.

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Symposium

Am Freitag, dem 15. Juli 2016, findet das Symposium „Geist und Macht“ der Deutschen Gesellschaft e.V. und im Martin-Gropius-Bau, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin, statt. Es beginnt 9.15 Uhr und endet 18.00 Uhr, anschließend wird die Ausstellung „Gegenstimmen. Kunst in der DDR von 1976 bis 1989“

eröffnet (Teilnahme nur mit Einladung). Anmeldung zu Symposium unter maria.hufenreuter@deutsche-gesellschaft-ev.de oder Tel. (030) 88 41 21 62.

Leserbrief

300 Jahre Waldheim

Zum Beitrag „Bewegte Geschichte“, Ausg. 4/2016, S. 12

Mit Interesse habe ich den Artikel zum Jubiläum des Zuchthauses Waldheim gelesen. Es ist aber nicht möglich, die Geschichte dieser Anstalt auch nur annähernd auf einer reichlichen Druckseite zu beschreiben.

Ich war von 1954 bis 1956 Insasse in Waldheim und habe in Ihrem Bericht Lücken entdeckt, die ein falsches Bild ergeben. Es fehlt die Rolle, die Waldheim als Gefängnis nach 1945 gespielt hat. Es gab die sogenannten Waldheimer Prozesse und die damit verbundenen Todesurteile gegen ehemalige Nazis und mögliche Kriegsverbrecher, die nach ihrer Verurteilung direkt im Gefängnis hingerichtet wurden.

Auch die Behandlung der Gefangenen in den Jahren 1954 bis 1956 war anders. Waldheim besaß einst die größte und beste Gefängnisbibliothek Deutschlands. Diese Bücher lagerten in Kellern. An die Gefangenen wurden nur Bücher ausgeliehen, die nach 1945 gedruckt worden waren. Verteilt wurden diese Bücher wie Brot, meist pro Zelle zwei Bücher, für vier Gefangene in wöchentlichem Wechsel. Der Häftling hatte keine Möglichkeit, seine Lektüre auszusuchen. So gab es unzählige Exemplare des aus dem Russischen übersetzten Buches „Die Sonne auf dem Tisch“, in dem die Elektrifizierung der Sowjetunion beschrieben wurde. Es konnte passieren, daß man immer wieder dieses Buch zugeteilt bekam, das man schon zur Genüge kannte oder nicht lesen wollte.

Aber hier gab es, wie auch bei anderen Dingen, für Nichtraucher Möglichkeiten, an guten Lesestoff zu gelangen, weil es privilegierte Kalfaktoren gab, die Zugang zu den Kellern hatten. So funktionierte die Bestechung durch Zigaretten, die heimliche Währung.

Das Wachpersonal versuchte, allerdings mit geringem Erfolg, dagegen vorzugehen – mit der Einführung von „Raucherkarten“ für Arbeiter.

Lothar Fischer, Berlin

Reichsbahn: Verbrechen gegen die körperliche Unversehrtheit

Die Autoren untersuchen die Zwangsarbeit bei der Deutschen Reichsbahn der DDR. Schwerpunkte der Studie sind Sachsen und der Norden der ehemaligen DDR. Besonders in drei Bereichen wurden DDR-Häftlinge zur Zwangsarbeit herangezogen: beim Streckenbau, bei der Jochmontage und in Reichsbahnausbesserungswerken (RAW).

Die von den Autoren geschätzte Zahl von 500 Häftlingen jährlich dürfte die untere Grenze bilden (S. 199). Insgesamt haben also mindestens 20 000 Häftlinge für die DR gearbeitet. Etwa 8000 von ihnen waren politische Gefangene. Diese relativ geringe Zahl mag überraschen. Sie erklärt sich daraus, daß die jährlich zwischen 20 000 und 30 000 Häftlinge über sämtliche Industriebereiche der DDR verteilt wurden.

Eine Reihe von Standorten untersuchen die Autoren genauer. Dabei gelangen ihnen überraschende Einblicke in Strafanstalten,

die das bisherige Bild korrigieren. In der Strafvollzugseinrichtung Zeithain hatte beispielsweise Jan Philipp Wölbern für die 1980er Jahre etwa 30 Prozent politische Gefangene ausgemacht (Wölbern, Jan Philipp: Die historische Aufarbeitung der Zwangsarbeit politischer Häftlinge im Strafvollzug der DDR. Hrsg.: Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer Iris Gleicke, Berlin 2015, S. 46). Die Autoren der Bahnstudie fanden dagegen eine DDR-eigene Statistik, die 56 Prozent als Straftäter „gegen die staatliche und öffentliche Ordnung“ und zusätzlich 16 Prozent von versuchter Republikflucht angibt.

Die Arbeits- und Haftbedingungen waren in der Regel miserabel. Ihre negativen Wirkungen verstärkten sich gegenseitig. So berichtet Christopher Kopper davon, daß im Gefängnis Brandenburg 17 Häftlinge, die tagsüber im Reichsbahnausbesserungswerk unter unsäglichen Bedingungen arbeiten mußten, in der restlichen Zeit in einer Zelle von 32 Quadratmetern eingeschlossen wurden (S. 79). Das entspricht einem „Raumangebot“ von 1,9 Quadratmetern pro Häftling. Jan-Henrik Peters gelangt für den Jochmontageplatz Wülknitz zu dem Urteil, die dortigen Ar-

beitsbedingungen stellten „ein durch die Reichsbahn und das Ministerium des Innern begangenes Verbrechen gegen die körperliche Unversehrtheit der ihnen überantworteten Häftlinge dar.“ (S. 50) Dem stehen nur wenige Beispiele gegenüber, wo die umliegende Bevölkerung die seltenen Gelegenheiten beim Gleisbau wahrnahm, den Gefangenen etwas EBbares zuzustecken (S. 66).

Faßt man die Einzelergebnisse der Studie zusammen, bestätigen sie die unmenschlichen Verhältnisse auch in den Produktionsstätten der Deutschen Reichsbahn: (1) Normen und Arbeitszeiten lagen in der Regel erheblich über dem Niveau ziviler Produktion. (2) Im Vergleich mit ähnlichen zivilen Produktionsstätten waren die Arbeitsbedingungen erheblich schlechter. (3) Die Zahl der Arbeitsunfälle war um ein Vielfaches höher als bei vergleichbaren zivilen Arbeitsstätten.

Diese Studie eines unabhängigen Instituts wird wohl kaum in den Verdacht geraten, sie sei einseitig aus der Perspektive der Opfer geschrieben. Gerade aus diesem Grund sollte sie von Gutachtern und Richtern gelesen werden, welche die Berichte der Opfer immer wieder als „unglaublich“ zurückweisen. Notfalls sollte man ihnen ein Exemplar unter die Nase halten.

Christian Sachse



.....
Susanne Kill, Christopher Kopper,
Jan-Henrik Peters: *Die Reichsbahn und der Strafvollzug in der DDR. Häftlingszwangsarbeit und Gefangenentransport in der SED-Diktatur*, Klartext Verlag, Essen 2016, 216 S., 14,95 €
.....

Der Aufstand

(VT) Das Schweigen der Waffen 1945 bedeutete auf deutschem Boden nicht nur das Ende der NS-Herrschaft – zugleich markiert das Weltkriegsende den Beginn einer schließlich erbitterten Feindschaft der vormaligen Verbündeten Sowjetunion und Westalliierte. Deren Kalter Krieg brachte viele gefährliche Krisenherde hervor, Korea, Vietnam oder Afghanistan stehen dafür ebenso exemplarisch wie etwa Berlin.



.....
Gerald Wiemers (Hg.): *Der Aufstand. Zur Chronik des Generalstreiks 1953 in Warkuta, Lager 10, Schacht 29*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2013, 162 S., 24,- €
.....

In die SBZ/DDR exportierte die Sowjetunion ihr diktatorisches stalinistisches System und operierte hier selbstherrlich mit willfähigen deutschen Kommunisten. Bis 1953 sorgten auch Sowjetische Mi-

litärtribunale (SMT) für „Ordnung“. Gegner dieser Verhältnisse wurden gnadenlos verfolgt. Tausende, meist junge Menschen wurden unter oft fragwürdigsten Anschuldigungen verhaftet und verurteilt, häufig mit einer Strafe von bis zu 25 Jahren Zuchthaus oder Zwangsarbeit und in den Gulag deportiert. Alexander Solschenizyn oder Warlam Schalamow haben den Gulag, das zur Sowjetunion von Anfang an gehörige Lagersystem, literarisch gültig verarbeitet, den Verlust jeglicher Menschenrechte seiner Insassen gegeißelt und die gnadenlose Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, die oft mit dem Tod endete, verurteilt.

Aber auch unter diesen apokalyptischen Lebensbedingungen blieb jenseits aller Unterdrückung ein starker Freiheitswille der Gefangenen erhalten. Nach dem Tod Stalins im März 1953 schöpften diese Gepeinigten neue Hoffnung und neuen Mut. Schon bald nach dem Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR und der Verhaftung des scheinbar allmäch-

tigen Innenministers und Geheimdienstchefs Berija verweigerten beispielsweise rund 15 000 Sklavenarbeiter im nördlich des Polarkreises gelegenen Lager Warkuta die Zwangsarbeit. Sie forderten die Überprüfung der SMT-Urteile und ihre Freilassung. Im Lager 10, Schacht 29, statuierte Armeegeneral Maslennikow ein Exempel: Geheimdienst-Truppen des MGB schossen am 1. August 1953 auf die wehrlosen Gefangenen aus über 20 Nationen. 64 Tote und 123 zum Teil schwer Verletzte waren die Bilanz dieses Massakers. Darüber berichtet das vorliegende Buch in vielen Einzelheiten.

152 deutsche Staatsbürger, die in diesem Lager lebten, wurden 1955/56 entlassen. Sie fanden und finden sich jährlich zu einem Treffen zusammen, in dessen Zentrum stets die Mahnung zur Bewahrung der Freiheit steht. Freiheit ist für sie das zentrale verbindende Moment. Ihre Schicksale sind sämtlich bedeutsam – ebenso wie die Erinnerung an jenen 1. August.



Veranstaltungen

12.7. (Di), 18.00 Uhr:

„Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte“, Michael Beleites referiert zum Thema seines Buches; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus u.a.; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

21.7. (Do), 17.00 Uhr:

Defa-Dokumentarfilme, Filme u. Diskussion mit Regisseurin Helke Misselwitz, Beiprogramm zur Ausstellung „Gegenstimmen“; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft u.a.; Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin

22.7. (Fr), 19.00 Uhr:

Kindheit und Familie, Lesung u. Diskussion mit Grit Poppe u. Anett Gröschner, Beiprogramm zur Ausstellung „Gegenstimmen“; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft u.a.; Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin

26.7. (Di), 18.00 Uhr:

„Mit dem Moskau-Paris-Expreß in die Freiheit“, Autor Karl-Heinz Richter, politischer Häftling der DDR, stellt sein Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

3.8. (Mi), 17.30 Uhr:

Jugendliche Stasi-Spitzel. Aufgegriffen – Geschichten aus den Stasi-Akten; 17.30 Uhr: Führung, 19.00 Uhr: „Jugendliche Stasi-Spitzel“ Lesung; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Gera; Ort: Außenstelle Gera, Hermann-Drechsler-Str. 1, Haus 3, 07548 Gera

5.8. (Fr), 19.00 Uhr:

Verrat und Opportunismus, Lesung und Diskussion mit Katja Lange-Müller u. Hans-Eckart Wenzel, Beiprogramm zur Ausstellung „Gegenstimmen“; Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft u.a.; Ort: Martin-Gropius-Bau, Kinosaal, Niederkirchnerstr. 7, 10963 Berlin

9.8. (Di), 18.00 Uhr:

Das Parteiensystem in Polen vor 1989, Vortrag v. Reinhold Vetter, Journalist u. Publizist; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

23.8. (Di), 18.00 Uhr:

„Hitler & Stalin – Portrait einer Feindschaft“, Ulrich H. Kasten, Regisseur, zeigt seinen 90minütigen Dokumentarfilm anlässlich des Europäischen Tags des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

Bruchreiche Biographie

(GW) Das vielzitierte kurze, dabei an Extremen reiche 20. Jahrhundert ist folgerichtig ebenso eines der bruchreichen Biographien. Zu jenen zählt auch Horst Hennig Lebenslauf, dessen Stationen eine ganz einzigartige Perspektive auf die zurückliegende Geschichte gestatten.

Geboren 1926 im Mansfelder Land, besucht Horst Hennig eine Vorschule der Wehrmacht. Hier erfährt er eine Erziehung durch vor allem kritisch denkende Pädagogen, deren Prägungen aus der Weimarer Republik stammen. Kaum erwachsen, wird er an die Front geschickt und gerät schon bald in amerikanische Gefangenschaft. Nach der Entlassung folgt eine kurze Zeit als Student der Medizin in Halle, wo sich Horst Hennig und einige seiner Kommilitonen dem zunehmenden politischen Druck einer sich etablierenden neuen Diktatur widersetzen. Der Verhaftung durch den sowjetischen Geheimdienst im Frühjahr 1950 folgt ein Prozeß, in dessen Ergebnis er zu 25 Jahren Zwangsarbeit im Gulag verurteilt wird, die in Workuta zu verbüßen sind.

Die schwierigen Gespräche Bundeskanzler Konrad Adenauers in der Sowjetunion 1955 ebnen letztendlich auch Horst Hennig den Weg zu einer lange nicht mehr für möglich gehaltenen Rückkehr nach Deutschland. In Köln setzt er das Medizinstudium fort, tritt in den Sanitätsdienst der Bundeswehr ein und wird nach zwei Jahrzehnten 1983 schließlich als Generalarzt in den Ruhestand verabschiedet. Die Stadt am Rhein ist seither sein Wohnsitz.

Die heftigen Wendungen dieser Biographie haben dennoch einen archimedischen Punkt: In Workuta ist Horst Hen-

nig am 1. August 1953 Akteur in einem blutig zusammengeschossenen Streik der Häftlinge, der Dutzende von ihnen das Leben kostet. Im „Niemals wirst Du zulassen, daß das vergessen wird“ liegt jene Passion, die ihn von nun an bis in unsere Gegenwart begleitet.



Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im Juli Geburtstag haben

Siegfried Raßbach am 1. Juli, Evelyn Trunschke-Krüger am 4. Juli, Asnath Bogasch, Werner Jahn, Michael Teltz am 5. Juli, Lotte Ohnezeit am 8. Juli, Theo Mittrup am 14. Juli, Irene Gobereit am 17. Juli, Christel Hofmann am 19. Juli, Sigrid Lorenz am 20. Juli, Chris Milcke am 21. Juli, Helmut Kuhn, Monika Munski am 24. Juli, Jürgen Kurt Wenzel am 25. Juli, Ute Görge-Waterstraß am 26. Juli, Hans-Joachim Wolf am 28. Juli, Heinz Keller am 29. Juli

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Benjamin Baumgart, Jurist
Mo–Fr, 10.30–12.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail baumgart@uokg.de

Martha Wedra, Juristin
Mo–Fr, 8.30–10.30 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail wedra@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.



Gerald Wiemers (Hg.): *Erinnern statt Verdrängen. Horst Hennig – Erlebtes in den Diktaturen des 20. Jahrhunderts*, Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2016, 366 S. 33,– €

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Di 11–18 Uhr, Mi u. Do 11–16 Uhr
Marleen Puchert

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerd Ahnert, Heinz Assig, Uwe Behne, Gisela Bensch, Joachim Bergter, Günter Blank, Wilfried Brosinsky, Ursula Brückner, Gerold von Busse, Hans Engelke, Heinz Engert, Dr. Wolf Erler, Ursula Feustel, Eduard Finger, Wolfgang Friedrich, Frank Gerlach, Horst Gnädig, Dr. Hans-Joachim Gutschmidt, Dr. Rolf Haberland, Dieter Hannß, Wilfried Härtel, Dieter Henning, Reinhold u. Hermine Irimi, Sigrid Jank, Heiner Kausch, Reinhard Klar, Gerhard Knorr, Siegfried Knorre, Günther Köllensperger, Siegfried Koschwitz, Kurt Kugler, Manfred Langkath, Rolf Lohse, Adolf u. Ingrid Lutz, Hella Meißner, Dr. Jürgen Miersch, Werner Mieth, Werner Minken-berg, Hans Georg Müller, Dietrich Nolte, Lotte Ohnezeit, Horst u. Sieglinde Opitz, Helga Prieß, Werner Quitzsch, Eike Christine Radewahn, Rolf Raible, Günter Reipert, Siegbert Schmolke, Prof. Dr. Karin Sorger, Wanda Maria Stark, Horst-Hermann Süßmilch, Martin Taatz, Joachim Tetzlaff, Eckard u. Christel Wolfermann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG

IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DE DB110

Verwendungszweck: „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Je weiter sich eine Gesellschaft
von der Wahrheit entfernt, desto
mehr wird sie jene hassen, die sie
aussprechen.

George Orwell

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia

Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin

Telefon (030) 55 49 63 34

Fax (030) 55 49 63 35

E-Mail: bsv-beratung@gmx.de

Konto: BSV-Förderverein

Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48

Nr. 665 52 45 00

IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00

BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Vorstandsbeauftragter:

Dr. Christian Fuchs

Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40

Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19

Ruschestraße 103, Haus 1

10365 Berlin

Internet: www.uokg.de

E-Mail: info@uokg.de

UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,

Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00

BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin

PVSt., Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 7. Juni 2016

